Nr. 588/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Kinderbetreuung quantitativ und qualitativ ausbauen Platz BHH: 108

Wir beantragen:

1. Das in der grünen Liste vorgeschlagene Volumen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Stuttgart für den Doppelhaushalt 2014/15 ist vollständig zu veranschlagen.

Allerdings zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass ein solch umfangreiches Investitionsprogramm für Kindertagesstätten oder auch für Schulen aufgrund beschränkter Kapazitäten bei der baulichen Umsetzung oder auch aufgrund einzelner Planungsänderungen nicht gänzlich umgesetzt werden kann.

Daher beantragen wir ferner:

- 2. 80 Prozent des veranschlagten Volumens werden wie vorgesehen in den Neu-, Aus- und Umbau von Kindertagesstätten investiert. Die restlichen 20 Prozent des Budgets werden für den qualitativen Ausbau in der Kindertagesbetreuung bereitgestellt.
 - Hinzu kommen sollen für den qualitativen Ausbau die vorgesehenen Mittel für das Vorhaben Sichelstraße 19 in Bad Cannstatt (2014: 500 000 Euro, 2015: 760 000 Euro), da uns die Realisierung einer Kindertagesstätte an diesem Standort aufgrund erheblicher Umweltbelastungen als nicht möglich erscheint.
 - Die Verwaltung legt darüber hinaus dar, auf welcher Grundlage sie laut grüner Liste einige neue Horte an Privatschulen fördern möchte, während an öffentlichen Schulen keine zusätzlichen Horte mehr eingerichtet werden. Ggf. sind hier in den Haushaltsberatungen weitere Entscheidungen über Einzelprojekte vorzunehmen.
- 3. Die dadurch aus dem Gesamtbudget frei werdenden Mittel wollen wir sodann für folgende Qualitätsverbesserungen einsetzen:
 - Die Umsetzung von erweiterten und flexibleren Öffnungszeiten auf 12 Stunden sowie die Samstagsöffnung in Kindertagesstätten (vgl. GRDrs 829/2013).
 - Eine stärkere Förderung der Freien Träger über die in der grünen Liste enthaltenen Maßnahmen (Ausweitung der Krippenöffnungszeiten von 8 auf 10 Stunden für 50 Prozent der Gruppen sowie die Erhöhung der Sachkostenpauschale um 10 Prozent) hinaus. Die Verwaltung legt dazu konkrete Berechnungen und abgestufte Maßnahmenvorschläge im Rahmen einer Fortschreibung der Förderrichtlinien für Kindertageseinrichtungen vor.

Dr. Roswitha Blind Fraktionsvorsitzende Hans H. Pfeifer Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Monika Wüst

Nr. 589/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 KiFaZ: Nicht auf halbem Wege stehen bleiben

Wir beantragen:

Für die Aufnahme weiterer Kitas in die Förderung als Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ) werden jährlich zusätzlich 600 000 Euro bereitgestellt (siehe auch GRDrs 630/2013).

Begründung:

Das neue Stuttgarter Qualitätsentwicklungskonzept der Bildung von Kinder- und Familienzentren hat sich – dies kann man schon jetzt feststellen – bewährt. Daher wollen wir jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern das Programm sukzessive ausbauen, wie dies beim Start vor zwei Jahren bereits angelegt war.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 590/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Sprachförderung bleibt Schlüssel zur Integration

Wir beantragen:

Die Sprachförderung in Kindertagesstätten (Anteil Förderung Freie Träger) wird um jährlich 128 000 Euro aufgestockt (vgl. GRDrs 607/2013).

Begründung:

Spracherwerb bleibt der Schlüssel für Integration in das gesellschaftliche Leben und Grundstein für den Erfolg in Bildung und Beruf. Deshalb wollen wir die Sprachförderung in Stuttgart bedarfsgerecht erweitern.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 591/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Den Kinderschutz gewährleisten

Wir beantragen:

Eine Aufstockung der Förderung für die Stiftung Kinderschutz-Zentrum Stuttgart in Bezug auf das Kindertherapiezentrum in Höhe von 70 000 Euro im Jahr sowie eine Fördererhöhung für den Deutschen Kinderschutzbund zum "Betreuten Umgang" in Höhe von 10 000 Euro im Jahr.

Begründung:

Der Schutz von Kindern vor Schäden und Beeinträchtigungen in Stuttgart soll mit dem Ausbau der genannten Dienste weiter nachhaltig verbessert werden.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig Judith Vowinkel

Nr. 592/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Jugendhilfeeinrichtungen fit für die Zukunft machen

Wir beantragen:

- Die Aufstockung des Jahresbudgets der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH für die Bauunterhaltung um 250 000 Euro im Jahr,
- Planungsmittel von Seiten der Stadt für den Neubau von Jugendhäusern in Heslach, Feuerbach und Wangen in Höhe von insgesamt 400 000 Euro (Pauschale),
- Die Bereitstellung der Mittel für den Neubau des Waldheims Ludwig-Hofacker-Gemeinde wie in der grünen Liste vorgesehen,
- Die Aufnahme von Gesprächen der Stadt mit dem Land mit dem Ziel, tragfähige Regelungen im Hinblick auf den Sanierungsbedarf bei Jugendwohnheimen zu erarbeiten. Die Verwaltung berichtet dazu in den Haushaltsberatungen über die mittelfristige Vorgehensweise.

Begründung:

Auch bei unseren Einrichtungen der Jugendhilfe bleibt der Abbau des Sanierungs- und Modernisierungsstaus eine Daueraufgabe. Dabei wollen wir insbesondere die Jugendfreizeitstätten in den Stuttgarter Stadtbezirken fit für die Zukunft machen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 593/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Den Alltag der Schulen gut begleiten

Sonderschulen und Betreuung an inklusiven Schulen:

Wir beantragen:

- den weiteren Ausbau der ergänzenden Nachmittagsangebote an Sonderschulen für geistig- und k\u00f6rperbehinderte Kinder und Jugendliche entsprechend der GRDrs 484/2013. Daf\u00fcr sind ab dem Jahr 2014 zus\u00e4tzlich 148.000 € pro Jahr im Haushalt einzustellen.
 - <u>Begründung</u>: die vor einigen Jahren eingeführte zusätzliche Nachmittagsbetreuung ist ein wichtiges Angebot, das gerne genutzt wird. Die bisher bereit gestellten Finanzmittel reichen für die bestehende Nachfrage nicht aus. Wie bei der sogen. verlässlichen Grundschule muss deshalb auch hier ein bedarfsgerechter Ausbau erfolgen.
- 2. Die Verwaltung berichtet zum Sachstand bei der Betreuung inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler in den Ganztagesschulen und Schülerhäusern. Wie ist hier die Planung für den It. Vorlage 484/2013 schon erkannten spezielle Betreuungsbedarf?
- 3. Anders als Grundschulen haben Förderschulen einen größeren Einzugsbereich, dorthin gehen auch Kinder im Grundschulalter, für die die Regel "kurze Wege für kurze Beine" offenbar nicht gilt. Es soll weder Schulwegpläne für diese Schulart (ein Versicherungsproblem?) noch gesicherte Betreuung geben. Die Verwaltung berichtet darüber in den Haushaltsberatungen.

EDV-Ausstattung an Schulen:

- 1. Die Verwaltung berichtet, in welchem Ausstattungszustand sich Stuttgarter Schulen insbesondere weiterführende Schulen und berufliche Schulen im Vergleich zum Landesdurchschnitt befinden. Und weiter: Wie ist gesichert, dass bei den zahlreichen Sanierungen und Neubauten auch eine konsequente Vernetzungsplanung von Anfang an erfolgt, um Versäumnisse der Vergangenheit nicht zu wiederholen?
- 2. Der in die grüne Liste aufgenommene Studio-Ausbau der it-Schule in Vaihingen wird von uns unterstützt.

Budgets für Lernmittel:

Die Verwaltung berichtet über ihre Erkenntnisse zum Umgang mit der gegebenen Lernmittelfreiheit. Können die Schulen diese mit ihren Budgets überhaupt noch einhalten? Begründung: eine Mitteilung der Gesamtelternbeirates zu diesem Thema hat bedenkenswerte Ergebnisse zu diesem Thema gebracht. Nicht wenige Schulen bitten Eltern mit der Begründung unauskömmlicher Budgets um die Übernahme von Kosten für Unterrichtsmaterialien, die eigentlich kostenfrei für den Unterricht gestellt werden müssten.

Sanierungsbedarfe und daraus entstandene Neubauten:

Wir begrüßen es, dass die Verwaltung mittlerweile Finanzmittel in erheblichem Umfang für jahrzehntelang ausgebliebene Sanierungen, für den konsequenten Ausbau der Ganztagesschulen und für neue zukunftsfähige Planungen in den Haushaltsentwurf aufnimmt. In der grünen Liste sind zusätzlich rund 143 Millionen für investive Maßnahmen im schulischen Bereich vorgesehen, davon allein im Jahr 2014 ca. 34 Mio. Euro. Wir stimmen diesen Vorhaben in vollem Umfang zu.

Bezüglich der für diesen Arbeitsanfall notwendigen Stellenaufstockungen verweisen wir auf unseren Stellenplanantrag für Schulverwaltungsamt und Hochbauamt.

Begründung und Erinnerung:

Der riesige Nachholbedarf an Schulsanierungen wurde von der Verwaltungsspitze und vom früheren Oberbürgermeister jahrelang negiert. Vorrang hatte die falsch verstandene Konsolidierungspolitik, die einseitig auf eine möglichst niedrige Verschuldung des Haushalts setzte. Wir erinnern an den Spruch von OB-Schuster, der in einer Haushaltsdebatte auf unsere Forderungen nach höherer Ausstattung der Schulsanierungsmittel geantwortet hat, er sei gerne bereit den Eltern Farbe und Pinsel zu spendieren, wenn sie das Übrige selbst erledigen.

Erst seit dem die Systematik der Schulsanierungsvorhaben durch eine, mit externer Hilfe erstellten, Untersuchung des Bedarfs und der Prioritäten erfolgt, ist es möglich, zu realistischen Zahlen zu gelangen. Diese maßgeblich von der SPD-Fraktion durchgesetzte Vorgehensweise ist jetzt vom Erfolg gekrönt.

Auch durch die Tatsache, dass die Rot-Grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Bildungspolitik in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte und erhebliche finanzielle Mittel bereitstellte, ist neuer Schwung entstanden.

Der Aus-und Umbau unseres Schulsystems hat das Ziel, die demografischen Entwicklungen zu bewältigen und gleichzeitig die Chancengerechtigkeit der nachwachsenden Generation, auch in der internationalen Konkurrenz, zu gewährleisten.

Mit diesem Haushaltsentwurf werden wichtige Schritte zur Verwirklichung erreicht. Klar ist aber auch, dass die Schul-und Bildungspolitik noch viele Jahre Schwerpunkt der Haushaltsplanberatungen sein muss.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger Manfred Kanzleiter

Nr. 594/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Schulsozialarbeit: Siegeszug fortsetzen

Platz BHH: 29

Wir beantragen:

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in Stuttgart werden 2014 zusätzlich 1,108 Mio. Euro und 2015 zusätzlich 1,121 Mio. Euro bereitgestellt (siehe auch GRDrs 540/2013). Über die Kriterien bedarfsgerechter Ausweitung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert und entschieden.

Begründung:

Schulsozialarbeit ist *das* sozial- und schulpolitische Erfolgsmodell. Wir bleiben deshalb dabei, dieses bedarfsgerecht Schritt für Schritt auf die gesamte Stuttgarter Schullandschaft auszuweiten.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig Marita Gröger

Nr. 595/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Übergangsmanagement Schule/Beruf: Organisierte Verantwortungslosigkeit endlich beenden

Wir beantragen:

Der Oberbürgermeister erklärt das Übergangsmanagement von Schule zu Beruf – wie zuletzt im interfraktionellen Antrag vom 19. Juli 2013 (Nr. 325/2013) gefordert – zur Chefsache und legt dem Gemeinderat in den Haushaltsberatungen einen abgestimmten Vorschlag zur Restrukturierung vor.

Begründung:

Seit mehreren Jahren liegt die Restrukturierung des Übergangsmanagements von Schule zu Beruf in Stuttgart schwer im Argen. Trotz inzwischen unzähliger Anmahnungen von Seiten des Gemeinderats konnten sich die beteiligten Fachbereiche – Referat SJG, Referat WFB und die Agentur für Arbeit – aufgrund grundsätzlicher Meinungsunterschiede offenbar bis heute auf keinen gemeinsamen Vorschlag für eine passgenaue Optimierung einigen. Dabei gibt es auch in Stuttgart leider eine Vielzahl junger Menschen, die trotz vielseitiger Angebote in der Jugendberufshilfe auf dem Ausbildungs- und Berufsmarkt "durch den Rost fallen".

Der Oberbürgermeister steht in der Pflicht, diese organisierte Verantwortungslosigkeit endlich zu beenden.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 596/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Landwirtschaftliche Schule Hohenheim

Wir beantragen:

Der Herr Oberbürgermeister tritt erneut in Verhandlungen mit dem Land ein, um eine gemeinsame Zukunft für die Landwirtschaftliche Schule der Stadt mit der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft am Standort in Hohenheim zu vereinbaren. Mögliche haushaltsrelevante Entscheidungen sind in die Haushaltsberatung einzubringen.

Von dem städtischen Vorhaben Integration in die Gewerbliche Schule Im Hoppenlau unter Mitbenutzung des Gebäudes der bisherigen Hedwig-Dohm-Schule wird Abstand genommen.

Begründung:

Wir teilen die Meinung des Oberbürgermeisters, dass "aus fachlicher Sicht ein Verbleib der Landwirtschaftlichen Schule in Hohenheim im Verbund mit der Staatsschule für Gartenbau die wünschenswerte Lösung ist". Der Verbleib ist sinnvoll im Hinblick auf die Synergien in den Bereichen Qualität der Lehre, Verwaltung, Lehrkörper, Unterrichtsräume, Gewächshäuser etc. Vor allem aber auch in Hinsicht auf den guten Ruf, den beide Schulen verbindet und der unweigerlich mit dem Namen Hohenheim verbunden ist.

Nun zeigt das Land Baden-Württemberg Bewegung: Es soll beim alten Standort bleiben. Alles was funktionstüchtig ist wird erhalten: also Schule, Gewächshäuser und Wohnheim. Reparaturmaßnahmen bzw. die Instandsetzung des Internats werden ausgeführt. Auch die Zuständigkeit soll neu geregelt werden. Geplant ist, die Staatsschule dem Ministerium für den Ländlichen Raum zuzuordnen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Nr. 597/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Zukunft der Volkshochschule: Weiterbildung nachhaltig sichern

Wir beantragen:

- 1. Die Volkshochschule Stuttgart erhält eine Erhöhung ihres institutionellen Zuschusses in 2014 um 350.000 EUR und 2015 um nochmals 150.000 EUR auf dann 500.000 EUR.
- 2. Die Mittel für die Brandschutzanforderungen an den Treffpunkt Rotebühlplatz sind wie in der grünen Liste veranschlagt in den Doppelhaushalt einzustellen.

Begründung:

Die Volkshochschule Stuttgart nimmt für die Landeshauptstadt den gesetzlichen Weiterbildungsauftrag wahr. Seit Generationen ermöglicht sie Bildung und Qualifizierung nicht allein für sozial Schwächere in Stuttgart. Sie richtet sich grundsätzlich an alle Bürgerinnen und Bürger – und nimmt dabei gleichzeitig Zielgruppen in den Blick, die besonderer Förderung bedürfen.

Um den großen Sanierungserfolg der letzten Jahre sowie die Zukunft der Volkshochschule nachhaltig zu sichern, ist nun eine Anpassung des institutionellen Zuschusses erforderlich. Auch die Fortsetzung des Aufbaus wohnortnaher Bildungsangebote in unseren Stadtteilen hängt von der Bereitstellung weiterer Mittel ab. Daher ist – wie dies im Übrigen auch für andere personalintensive Kultureinrichtungen geplant ist – eine Erhöhung des städtischen Zuschusses unabdingbar.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 598/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Investitionen in Sportförderung und Sportanlagen sind notwendig

Platz BHH: 8, 27, 36

I Sportförderung / Sportentwicklung

1. Zuschüsse zum Betrieb von Vereinsanlagen

Es werden jährlich 300.000 € zur Verfügung gestellt.

2. Zuschuss für das Sportvorhaben VFB

Es werden jährlich 191.000 € zur Verfügung gestellt.

3. Zuschuss zum Sportbauvorhaben des SSV Zuffenhausen e.V.

Für die Bad Sanierung werden - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

<u>Begründung:</u> Im Rahmen der Sportförderung zum Betrieb und Bau vereinseigener Funktionsräume (Schwimmbäder, Gymnastikräume, Turn- und Sporthallen) kann die Substanz erhalten und eigene Talente können optimal gefördert werden.

4. Programm Kitafit

Es werden jährlich 60.000 € zur Verfügung gestellt.

<u>Begründung:</u> Durch dieses Projekt wird besonders Sport in den Kitas unterstützt und dadurch die motorischen Fähigkeiten von Kindern befördert.

5. German Open Championships im Tanzsport

Es werden jährlich 95.000 € zur Verfügung gestellt.

<u>Begründung:</u> Die German Open Championships im Tanzsport ist die größte Tanzsportveranstaltung Europas im Amateurbereich.

6. Stuttgarter Talent- und Bewegungsförderung

Es werden jährlich 80.000 € zur Verfügung gestellt.

<u>Begründung</u>: Das Projekt "Talentsuche/-förderung" ist ein wichtiger Bestandteil der Nachwuchsleistungsförderung im Sport der Stadt Stuttgart.

II A. Allgemeine Sportfreianlagen

1. Degerloch-Waldau, SV Eintracht 1896, Umbau Tennenplatz in Kunststoffrasenplatz

2. Degerloch, LAC Degerloch, Erneuerung der 400 m Kunststofflaufbahn

Für die o. g. Sportfreianlagen werden - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

3. TV Cannstatt, Jugendbaseballspielfeld

0,400 Mio. € für 2014 0,385 Mio. € für 2015

III. B. Sanierungsprogramm Tennenplätze

1. Mühlhausen, Bad Cannstatt, TSV Steinhaldenfeld

Für die Sanierung des Tennenplatzes werden - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

IV. C. Sanierungsprogramm Kunstrasenplätze

1. Weilimdorf, TSV Weilimdorf

Für die Sanierung des Kunstrasens werden - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

V. D Turn- und Sporthallen Sondersportanlagen

1. Planungsmittel für Neubau Sporthalle auf der Waldau

0,570 Mio. € 2014/2015

2. GAZI Stadion "Zentraler Platz" Minimalausbau

Für den Minimalausbau des Zentralen Platzes werden - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Wir begrüßen außerordentlich, dass die Verwaltung für die Projekte SV Eintracht 1896, LAC Degerloch, TSV Steinhaldenfeld, TSV Weilimdorf und SSV Zuffenhausen Mittel zur Aufnahme in den Doppelhaushalt 2014/2015 angemeldet hat. Wir bitten die Verwaltung sich um Landesmittel zu bemühen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Ergun Can

Nr. 599/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Schwerpunkt Sozialer Wohnungsbau?!

Platz BHH: 78

Meint der Herr Oberbürgermeister es wirklich ernst mit seinen Worten vom Mai 2013?

Wir fragen:

- Wann wird der Herr Oberbürgermeister die Basis dafür schaffen?
 - 1. Also im eigenen Haus mit den zuständigen Referaten und Ämtern den ausdrücklichen Willen bekunden, Wohnungen zu bauen.
 - 2. Also ein "Bündnis für Wohnen" zur Chefsache zu machen, damit sich Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, Sozialhilfeträger, Kirchen, Referate, Ämter und Politik gemeinsam dem sozialen Wohnungsbau nach vielen Jahren der Dürre erneut verschreiben.
 - 3. Also zur Unterstreichung der Ernsthaftigkeit, zur Koordinierung, Bündelung und Umsetzung ein "Amt für Wohnungswesen" einrichten.
- Und wo bleibt also das "starke Signal" wenn zwar die Wohnungsanzahl im sozialen Wohnungsbau erhöht, der Betrag der Fördersumme pro Wohneinheit im Gegensatz zum letzten Haushalt von 15.000 auf 10.000 Euro herabgesetzt wird? Fachleute halten 20.000 bis 30.000 Euro für notwendig.

Begründung:

Natürlich begrüßen wir jeden Euro mehr, der für Wohnungsbau von der Verwaltung eingestellt wird – somit auch die jeweiligen Summen der grünen Liste.

Aber wir können nicht glauben, dass bei der o. g. fehlenden Basis die genannten 500 Wohnungen geschaffen werden können.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

[&]quot;Wir müssen im Haushalt, wenn wir die Wohnungsprobleme für die Schwächsten lösen wollen, mehr Mittel für sozialen Wohnungsbau einstellen."

Nr. 600/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Stadtverträgliche Mobilität

Platz BHH: 59, 83, 84,105

Wir beantragen:

1. Öffentlicher Verkehr

- Für einen weiteren Ausbau der Busbevorrechtigung (Weiterentwicklung der IVLZ, Paket 5) werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mitte bereit gestellt.
- Für barrierefreie Bushaltestellen (nach Möglichkeit Buskaps) werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel bereit gestellt.
- Zur Erhöhung der Sicherheit an Gleisüberwegen werden weitere Z-Übergänge geschaffen und dafür bereit gestellt in 2014/15
 180 000 € / Jahr

2. Fußverkehr

- Für einen Fußgängerüberweg über die B14 im Bereich an der Oper werden eingestellt insgesamt
 636 000 €
 davon in 2014/15
 159 000 €
- Für einen Fußgängerüberweg über die Schillerstraße in Verlängerung der Königstraße werden 584 000 € eingestellt davon in 2014/2015
 478 000 €
- Das Programm "Kinder kommen sicher über die Straße" wird in 2014/15 aufgestockt um 150 000 € / Jahr
- Für eine grundlegende Untersuchung und ein Machbarkeitskonzept zu Querungsmöglichkeiten im Vorbehaltsstraßennetz werden in 2014/15 eingestellt

Begründung: Fußgänger sind wichtige Verkehrsteilnehmer, Urbanität entsteht durch Fußgänger. Um Fußgängern mehr Raum zu geben, braucht es sichere und attraktive Querungsmöglichkeiten vor allem von viel befahrenen oder unübersichtlichen Straßen.

• Für das Sonderprogramm "Kulturgut Stäffele" werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel **dauerhaft** eingestellt.

- 3. Radverkehr BHH Platz 59, 83, 84, 105
- Für Investitionen in das Radwegenetz (Hauptradrouten, Radwege in den Stadtteilen u.a.) unterstützen wir den Vorschlag der grünen Liste.
 Dabei soll auch der Weg parallel zur Feuerbacher Talstraße fahrradgerecht hergestellt werden, durch Umbau der Treppe im Bereich des Schützenhauses.
- Für das Projekt Rad und Schule werden eingestellt in 2014/15 100 000 € / Jahr

4. Straßenverkehr

- Für das Verkehrsmanagement Vaihingen/Möhringen (IVLZ, Paket 1) werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel bereit gestellt.
- Für das Paket 4 der IVLZ zur Verkehrslenkung im Zusammenhang mit der kommenden Baustelle Rosensteintunnel werden in 2014/15 eingestellt
 1,079 Mio €
- Für den Ausbau der Verkehrsüberwachung durch den städtischen Vollzugsdienst werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel bereit gestellt, im einzelnen für - schnelle Sondereingreiftruppe bei Parkverstößen
 - mobile Geschwindigkeitsüberwachung in verkehrsberuhigten Bereichen und Tempo-30-Zonen
 - stationäre Geschwindigkeitsüberwachung im Schwanenplatztunnel
- Für die Einführung des Parkraummanagements in den Stadtbezirken Mitte, Nord, Süd, Ost und Bad Cannstatt werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel bereit gestellt. Dabei ist ein Start am 1. Mai 2015 und eine schnellere Umsetzung des Pakets zu prüfen.
- Zur Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen werden eingestellt in 2014 378 000 € und in 2015 17 000 €
- Für Tempo 40 auf den beiden Steigungsstrecken Schwarenbergstr. / Planckstr. / Pischekstr. und Gablenberger Hauptstr. / Neue Str. / Albert-Schäffle-Str. werden eingestellt in 2014/15
 450 000 €

Begründung: Wir wollen Tempo 40 auf Steigungsstrecken sukzessiv umsetzen. Das Konzept hat seinen Ursprung in einer großen und teuren Verkehrsstudie für den verkehrsbelasteten Stuttgarter Osten. Deshalb sollte nun auch im Osten begonnen werden, auf den beiden Parallelrouten zur Hohenheimer Straße.

 Es wird eine Winterdienst-Ausgleichsrückstellung geschaffen, mit der nicht verbrauchte Mittel aus schneearmen Wintern für schneereiche zurück gestellt werden. Damit soll langfristig gesichert werden, dass auch auf steilen Wohnstraßen ein Winterdienst statt finden kann.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 601/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Wir dürfen unsere Infrastruktur nicht verkommen lassen

Wir beantragen:

1. Straßen, Gehwege und Plätze

Für Erneuerung und Unterhaltung von Straßen, Gehwegen und Plätzen werden zusätzlich zu den in der grünen Liste vorgeschlagenen Mitteln in 2014/15 eingestellt je 1 Mio €

Begründung: Im letzten Doppelhaushalt standen 8,05 Mio € pro Jahr zur Verfügung. Nach GRDrs 355/2013 konnte mit diesen Mitteln der Investitionsstau nicht abgebaut werden, ganz im Gegenteil, die dringend reparaturbedürftigen Straßen, Gehwege und Plätze nahmen weiter zu. Trotzdem schlägt die Verwaltung vor, die Mittel wieder etwas zu kürzen: Die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel zusammen mit den Budgetmitteln ergeben nur noch 7,85 Mio € pro Jahr. Es muss klar sein, dass auch die von uns beantragten Mittel bei weitem nicht ausreichen werden, Straßen, Gehwege und Plätze im heutigen Zustand zu erhalten.

2. Ingenieurbauwerke und verkehrstechnische Anlagen

Für Unterhaltung und Erneuerung

- - von Brücken, Geh- und Radwegstegen, Straßenunterführungen und Straßentunneln,
- der betriebs- und sicherheitstechnischen Einrichtungen in Straßentunneln,
- - von verkehrstechnischen Anlagen (z.B. Lichtsignalanlagen, Verkehrsrechner) und
- von Verkehrszeichenbrücken an Straßen

werden dauerhaft eingestellt

1,5 Mio €/Jahr.

Begründung: Auch hier lebt die Stadt schon seit Jahren von der Substanz. Aus Geldgründen mussten z.B. die Wartungsverträge der Verkehrsrechner gekündigt werden.

3. Stadtgärtnerei

Für den Ersatz der kaputten Schattierungsanlage für gewisse Gewächshäuser werden eingestellt in 2014 25 000 €

Für die Stadtgärtnerei im Fasanenhof werden für Gebäudeunterhaltung **dauerhaft** ab 2015 bereit gestellt 25 000 €

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 602/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Friedhöfe - grüne Orte der Stille Auch sie müssen unterhalten werden.

Platz BHH: 94

Wir beantragen:

1. Hoppenlaufriedhof, BHH Platz 94

Für die Restaurierung der Grabmale auf dem Hoppenlaufriedhof werden Mittel eingestellt, wie in der grünen Liste vorgeschlagen.

Begründung: Schon in den letzten Haushaltsberatungen haben wir für die Restaurierung der Grabmale auf dem Hoppenlaufriedhof gekämpft. So freuen wir uns, dass es nun so weit ist.

2. Unterhaltung und Sanierung

Für Unterhaltung und Sanierung von Friedhofsgebäuden und technischen Einrichtungen (Heizungsanlagen, elektrische Torantriebe, Druckbehälter, Kühlanlagen, Lüftungs- und Klimaanlagen, Krematoriumsanlage) werden **dauerhaft** eingestellt 300 000 €/Jahr.

Für Dachsanierungen auf dem Hauptfriedhof werden eingestellt

- Leichenhaus einmalig 150 000 €
- Sozialgebäude einmalig 110 000 €
- Garagen einmalig 45 000 €

Für die Erneuerung von Be- und Entwässerungsanlagen und für Wegesanierungen auf Friedhöfen werden eingestellt

in 2014/15 300 000 €

Für Fahrzeug- und Baggerhallen im Hauptfriedhof oder Waldfriedhof werden eingestellt in 2014/15 284 000 €

Begründung: Auch die Infrastruktur auf den Friedhöfen muss angemessen unterhalten werden. Verzicht auf Unterhalt, zu späte Sanierung wird ganz besonders teuer. Wir sollten aus dem Fehler bei den Schulgebäuden lernen

3. Friedhofserweiterung

Für den Bau neuer Grababteilungen für Muslime werden eingestellt in 2014/2015

200 000 €

Begründung: Es ist gut, dass Muslime sich in Stuttgart zu Hause fühlen und auch hier beerdigt werden wollen. Im Übrigen refinanziert sich die Maßnahme.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Maria Hackl

Nr. 603/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Qualitätvolle Stadtentwicklung

Wir beantragen

1. Umgestaltung des öffentlichen Raums

Für Instandsetzung und Umgestaltung der Kronprinzstraße zwischen Gymnasium- und Kienestraße werden Mittel eingestellt, wie in der grünen Liste vorgeschlagen.

Für den 3. Bauabschnitt des Rupert-Mayer-Platzes werden eingestellt 1,321 Mio, davon in 2014/15 106 000 €

Begründung: Die Umgestaltung des Rupert-Mayer-Platzes sollte endlich abgeschlossen werden.

2. Stadterneuerung

Für die Erweiterung des Kinder- und Jugendhauses Neugereut zum Bürgerhaus werden die notwendigen Mittel entsprechend der grünen Liste im Haushalt eingestellt.

3. Planungen

Im Doppelhaushalt 2014/15 werden Planungsmittel eingestellt, wie vorgeschlagen aus der Infrastrukturpauschale, für

- Weiterführung der Planung Neckarpark,
- Rahmenplan zur Erweiterung der Mercedes-Benz-Welt,
- Freiflächengestaltung Olgarareal.

Im Doppelhaushalt 2014/15 werden Planungsmittel eingestellt, wie in der grünen Liste vorgeschlagen, für

- Killesberg-Areal Rote Wand
- Areal Bürgerhospital/Türlenstraße
- Schochareal
- Landschaftspark Neckar
- Entwicklungskonzept für Wirtschaftsflächen

Für einen Workshop zur Gestaltung des Diakonissenplatzes werden eingestellt

20 000 €.

Um Flächen gut und zügig entwickeln zu können, werden Planungsmittel eingestellt für

•	Parkierungsmanagement im NeckarPark	90 000 €
•	Rahmenplan Talgrund West	40 000 €
•	Dichtekonzeption Wohnen	60 000 €
•	Areal ehemalige Bahndirektion / Ossietzkyareal	60 000 €
•	Fahrionareal	185 000 €

Zur Vorfinanzierung von notwendigen Gutachten für das Baugebiet Mittlere Wohlfahrt werden eingestellt

50 000 €

Es werden Planungsmittel eingestellt für die Beteiligung am Wettbewerb RegioWIN im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung insgesamt 60 000 €

Begründung: Es geht darum, Fördermittel zu erhalten.

4. Nahversorgung

Zur Erarbeitung eines Handlungskonzepts für Stadtteile und Stadtquartiere ohne Nahversorgung werden eingestellt 25 000 €

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 604/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Die Schönheit der Stadt erhalten und weiterentwickeln Platz BHH: 11, 32, 59, 98

Wir beantragen:

1. Brunnen

Für Unterhalt und Betrieb von Brunnen werden eingestellt

50 000 € /Jahr

Begründung: Brunnen erhöhen den Reiz einer Stadt, vor allem, wenn Wasser aus ihnen fließt. 10% der voll funktionsfähigen Brunnen in Stuttgart sind aus finanziellen Gründen stillgelegt. Und während vor wenigen Jahren die Brunnen noch 7 Monate im Jahr in Betrieb waren, laufen sie aus finanziellen Gründen inzwischen nur noch 5,5 Monate lang. Unerwartete, notwendige Reparaturen können nicht mehr aus dem Budget bezahlt werden: Wenigsten dies muss wieder möglich werden.

2. Aussichtspunkt Birkenwaldstraße

Für die Sanierung des Aussichtspunkts Birkenwaldstraße werden eingestellt

150 000 €

3. Parks in Stuttgart

Für die Sanierung des Rosengartens im Park der Villa Berg werden eingestellt

250 000 €

Begründung: Der Rosengarten ist ein Kulturgut, das erhalten werden muss.

Für grundlegende Instandsetzung von Parkanlagen (Wege, Plätze, Mauern, Treppen) werden dauerhaft eingestellt 200 000 € / Jahr

4. Stadt am Fluss (BHH Platz 11, 59, 98)

Für Planungen "Landschaftspark Neckar" werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel bereit gestellt

Für die Herstellung des Uferparks "Wasserspielplatz Austraße" in Münster werden eingestellt 245 000 € davon in 2014/15 225 000 €

Für die Herstellung des Uferparks "Steinbruch und Bergwald" in Münster werden eingestellt 400 000 € davon in 2014/15 375 000 €

Begründung: Es reicht nicht, schöne Planungen durchzuführen, wie die Stadt näher an ihren Fluss gebracht werden könnte. Es wird Zeit, dass fertig geplante Stadt-am-Fluss-Projekte nun auch tatsächlich realisiert werden. Für den "Wasserspielplatz Austraße" ist ein Antrag auf Co-Finanzierung durch den Verband Region Stuttgart vorbereitet.

5. Landschaft gestalten (BHH Platz 32)

Für den Landschaftspark Filder werden Planungsmittel bereit gestellt in Höhe von

25 000 €

Begründung: Der Rahmenplan "Landschaftsraum Filder" wurde im Herbst 2012 verabschiedet. Kleine erste Maßnahmen wurden umgesetzt. Weitere Maßnahmen sind für den verkehrsreichen Filderraum notwendig, speziell die Gestaltung der Achse Sonnenberg - Möhringen - Oberaichen - Siebenmühlental, die sogenannte 'Enfilade'. Für die Planung auf Stuttgarter Gemarkung braucht es die beantragten Mittel. Im nächsten Doppelhaushalt könnten dann für die Umsetzung Co-Finanzierungsmittel der Region beantragt werden.

BHH Platz 32: Für Planungen zur Umsetzung der Neukonzeption Valentienwald werden eingestellt 100 000 €

Begründung: Die Neukonzeption steht im Zusammenhang mit dem Bau der Bioabfallvergärungsanlage auf Gemarkung Zuffenhausen.

6. Landschaftsschutz

Für eine systematische Erhebung von Kleinbauten und Veränderungen im Außenbereich werden in 2014/15 eingestellt 150 000 € /Jahr

Begründung: Im Außenbereich werden immer wieder illegale Kleinbauten oder illegale Geländenutzungen entdeckt. Um dagegen vorgehen zu können, ist eine konsequente Erfassung des Bestands in den Schutzgebieten unabdingbare Voraussetzung.

7. Stadtplatz Talwiesen in Zuffenhausen

Für die Gestaltung des Stadtplatzes Talwiesen zwischen Zuffenhausen und Zuffenhausen-Rot werden eingestellt 1,950 Mio. €, davon in 2014/15 1 Mio. €

Begründung: Dort wurde ein großes Regenrückhaltebecken gebaut. Nun muss der Platz darüber gestaltet werden.

8. Urban Gardening

Die in der Grünen Liste vorgeschlagenen 150 000 € (2014/2015) für Urban Gardening werden **nicht** in den Haushalt eingestellt. Das Garten-, Friedhof- und Forstamt soll in Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern klären, auf welchen Flächen Urban Gardening möglich wäre.

Begründung: Wir halten Urban Gardening für ein wichtiges Anliegen. Dennoch ist das finanzielle Volumen bei der derzeitig kritischen Haushaltslage nicht vertretbar.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 605/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Für eine kinderfreundliche Stadt: Attraktive Spielplätze

Wir beantragen:

- 1. Wir unterstützen die in der Grünen Liste von der Verwaltung vorgeschlagene Budgetaufstockung für die Erneuerung von Spielgeräten und Sanierungsmaßnahmen an Spielplätzen.
- 2. Zusätzlich beantragen wir, die Neuausstattung /Neuanlage folgender Spielplätze in den Haushalt 2014/15 aufzunehmen:
- Föhrichstraße, Feuerbach (Gesamtkosten 300.000 €) in 2014 mit 40.000 € in 2015 mit 220.000 €
- Kafkaweg, Mühlhausen (Gesamtkosten 140.000 €) in 2014 mit 20.000 € in 2015 mit 120.000 €
- Skaterpark Brendle, Wangen/Ost, Jugendratsprojekt (Gesamtkosten 450.000 €) in 2014 mit 40.000 € in 2015 mit 260.000 €
- Wörishofener/Deckerstr., Bad Cannstatt, Kinderbeteiligung (Gesamtkosten 35.000€) in 2014 mit 20.000 € in 2015 mit 15.000 €
- Skaterpark Friedhofstr., Planung Lärmschutzmaßnahmen (Gesamtkosten 180.000 €) in 2014 mit 80.000 € in 2015 mit 100.000 €

Begründung:

Mit der von uns begrüßten Budgetaufstockung können weitere dringend notwendige Ausstattungen und Sanierungen angegangen werden. Wenn aufgrund fehlender Mittel defekte Spielgeräte nicht zeitnah ersetzt werden können, stößt dies zurecht auf Unverständnis bei den Familien.

Bei Maßnahmen mit Kinder- und Jugendbeteiligung (Bad Cannstatt, Brendle) ist es besonders wichtig, dass diese auch zeitnah umgesetzt werden.

Dr. Roswitha Blind Fraktionsvorsitzende

Hans H. Pfeifer Stv. Fraktionsvorsitzender Monika Wüst Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Ariane Bergerhoff

Judith Vowinkel

Nr. 606/2013

Uhrzeit:

Eingang bei: L/OB

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Weinbau in Terrassen: Stuttgarter Kulturgut muss auch weiterhin ein Markenzeichen sein. Verbesserung der Förderung

Wir beantragen:

Das von uns seit Jahren beantragte und sowohl intern als auch öffentlich diskutierte Ziel, die Terrassenweinberge in Stuttgart zu erhalten, zu pflegen und teilweise wieder herzustellen, wird nunmehr praktisch verfolgt. Zur Verwirklichung der auch in der Begründung beschriebenen Ziele wird ein Budget mit zunächst jährlich 600 000 € beschlossen. Die organisatorische Anbindung der Aufgaben und des Budgets innerhalb der Verwaltung ist der beschriebenen Aufgabenstellung anzupassen. Dazu erwarten wir einen Vorschlag der Verwaltung.

Bearünduna:

Auf Grund der zahlreichen Anträge zum Thema Weinbau in Steillagen wird nun der Versuch gemacht, an einem sog. "Runden Tisch Weinberge" konstruktive Lösungen zum Erhalt der typischen Kulturlandschaft und des Weinbaus in den Steillagen des Neckartals (z.B. Mühlhausen, Bad Cannstatt, Münster) und den Seitentälern (z.B. Hohe Halde in Rohracker, Lemberg in Feuerbach) zu erarbeiten. Endgültige Ergebnisse können wegen der knappen zur Verfügung stehenden Zeit voraussichtlich vor Beginn der Haushaltsplanberatungen nicht erzielt werden. Auch deshalb halten wir die von uns vorgeschlagene Schaffung eines Budgets, vergleichbar der sehr bewährten Stadtentwicklungspauschale, für einen brauchbaren Ansatz.

Ziel des Runden Tisches und der Verwaltung sollte konkret sein:

- 1. Erarbeitung eines Förderprogramms zum Erhalt des Weinbaus in den Steillagen der typischen Stuttgarter Kulturlandschaft. Dazu gehört die Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Pflege von Trockenmauern, sowie die wirtschaftliche Förderung des Terrassenweinbaus. Dazu ist es notwendig, eine deutlich spürbare Verbesserung der bestehenden Fördermöglichkeiten im Rahmen des geltenden Weinrechts zu beschließen und umzusetzen.
- Daneben sind bauliche Maßnahmen zur Erschließung schwer zugänglicher Weinbausteillagen erforderlich, damit deren weitere Bewirtschaftung bzw. Wiederbewirtschaftung als Weinberge möglich wird. Solche Maßnahmen sind in enger Kooperation mit den örtlichen Akteuren zu entwickeln und durchzuführen. Wirtschaftliche, landschaftspflegerische und ökologische Ziele sind dabei zu beachten.

3. Neben dem Erhalt und der Pflege von Weinbaulagen werden auch andere städtebaulich und ökologisch wertvolle Landschaftsteile Stuttgarts (z.B. Wangener Höhe) in eine programmatische Vorgehensweise einbezogen. Hierbei kann an bestehenden Erfahrungen angesetzt werden. Diese gilt es weiterzuentwickeln und zu intensivieren.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 607/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Natur in der Stadt

Platz BHH: 77, 102

Wir beantragen

1. Bäume

Für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Platanenkrankheit Massaria werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel eingestellt.

BHH Platz 77, 102: Für die Nachpflanzung von 300 Bäumen im Stadtgebiet werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel eingestellt.

2. Artenschutzkonzept

Für die Erstellung eines Artenschutzkonzepts werden im Haushalt 2014/15 eingestellt 100 000 €

Begründung: Biodiversität ist auch in Stuttgart ein wichtiges Thema. Auch auf Stuttgarter Gemarkung gibt es schutzbedürftige und EU-weit geschützte Tier- und Pflanzenarten. Es müssen Strategien zum Erhalt und zur Förderung dieser Arten entwickelt werden.

3. Ausgleichsmaßnahmen

Zur Vorfinanzierung von Ausgleichsmaßnahmen gemäß B-Plan "Im Köpfert - Plieningen" werden eingestellt 57 000 €

4. Tauben

Die Verwaltung beantwortet unseren Antrag 197/2013 vom 30.04.2013, in dem wir einen Bericht - rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen - gefordert haben, wo weitere Taubenschläge/Taubentürme eingerichtet werden könnten, und welche Kosten bei der Umsetzung anfallen würden.

Außerdem legt die Verwaltung dar, wie viel der im Doppelhaushalt 2012/13 bereit gestellten Mittel für Taubenprojekte verbraucht wurden, und wie viel davon ggf. noch zur Verfügung stehen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 608/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Klimaschutz ist notwendig

Platz BHH: 5°

Wir beantragen:

1. BHH Platz 51.

Die in der grünen Liste vorgeschlagenen Contracting-Mittel werden im Doppelhaushalt 2014/15 bereit gestellt.

Begründung: Der Klimawandel wird uns teuer zu stehen kommen. Deshalb muss die Stadt Stuttgart das ihr Mögliche zur Eindämmung des Klimawandels tun. Beim großen Projekt Schulsanierungen z.B. sind hohe energetische Standards zu realisieren. Dafür spricht im Übrigen auch die finanzielle Vernunft, denn die Energiepreise werden weiterhin deutlich steigen.

2. Für die Energiesparprogramme für die Jahre 2014 und 2015 werden die in der grünen Liste vorgeschlagenen Mittel bereit gestellt.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 609/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Dringende Investitionen

Die SPD-Fraktion beantragt die folgenden, dringend notwendigen, Investitionen aus der Grünen Liste:

- Flüchtlingsunterkunft Kirchheimer Straße, Sillenbuch, Erweiterung
- Tagblatt-Turm-Areal Eberhardstraße, Mitte, Fenstererneuerung

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 610/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Infrastruktur vor Ort sichern: Wangen und Stammheim

Wir beantragen:

Für den Anbau eines Personenaufzuges zur barrierefreien Erschließung des Bezirksrathauses in Wangen, da der derzeitige Zustand nicht mehr zumutbar ist, werden eingestellt 450.000 €

Für die Planungsmittel zur Sanierung bzw. Abriss der Korntaler Str.1 und 1/1 in Stammheim für den Neubau eines Bürger- und Familienzentrums,

werden eingestellt in 2014 60.000 € und in 2015 120.000 €

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 611/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Der Rückkauf der Wasserversorgung ist richtig. Dies muss aber auch richtig gemacht werden.

Der Gemeinderat hat bereits am 26.05.2011 den Rückkauf der Wasserversorgung beschlossen. Zur Organisation wurde festgelegt:

"Der bestehende Eigenbetrieb Stadtentwässerung Stuttgart(SES) soll um die Wasserversorgung erweitert werden, so dass ein kommunaler Eigenbetrieb "Kommunale Wasserwerke Stuttgart (KWS)" entsteht. Die Verwaltung wird beauftragt mögliche Synergieeffekte sowie die notwendigen Veränderungen darzustellen".

Dieser Auftrag ist bis heute noch nicht erfüllt. Dies hängt möglicherweise mit der Notwendigkeit zusammen, die Herausgabe der Wasserversorgung an die Landeshauptstadt gerichtlich durchzusetzen.

Wir sind wie die Verwaltung der Auffassung, dass es richtig ist, die Finanzierung der Rückübertragung der Wasserversorgung auf die Stadt jetzt sicherzustellen, da bekanntlich der bestehende Konzessionsvertrag Ende des Jahres 2013 ausläuft.

Wir sind allerdings der Meinung, dass zur Erfüllung des oben zitierten Gemeinderatsbeschlusses auch die Finanzierung des Rückkaufs durch die ausreichend mit Eigenkapital auszustattende SES zu erfolgen hat.

Da Netze der Infrastruktur (Strom, Gas und Wasserversorgung) üblicherweise nur teilweise (40%) mit Eigenkapital erworben werden, und notwendiges Fremdkapital (60%) durch Gebühreneinnahmen bzw. Nutzungsentgelte refinanziert wird, halten wir diese Vorgehensweise auch in Stuttgart für sinnvoll.

Wir beantragen deshalb:

- 1. Von der Verwaltung werden die Beschlüsse vorbereitet, die notwendig sind, damit der o.g. Vorschlag (Kauf der Wasserversorgung direkt durch die SES -künftig KWS-, Ausstattung der SES mit dem notwendigen Eigenkapital für den Erwerb) zur Umsetzung kommt.
- 2. Die Auswirkungen für den städtischen Haushalt werden dargestellt. Da mit dem Vollzug des Kaufs der Wasserversorgung auch entsprechende Gebühren eingenommen werden, werden diese in die Antwort einbezogen.

Dr. Roswitha Blind

Hans H. Pfeifer

Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende

Stv. Fraktionsvorsitzender

Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 612/2013

Eingang bei: L/OB

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Sicherheit und Sauberkeit in Stuttgart – sog. 10 Punkte Programm

Bitte keine halben Sachen, denn es ist dringend nötig.

Platz BHH: 86

Wir beantragen:

- I. Die Maßnahmen des 10 Punkteprogramms zur Verbesserung der Sauberkeit in Stuttgart wird in zwei Stufen umgesetzt. Die ersten Maßnahmen (Punkt 2, 5 und 9) werden in 2014 realisiert. Weitere Maßnahmen (4,6,7,8) folgen zusätzlich in 2015.
- II. Dafür werden im Haushalt, nach Anrechnung der Mehreinnahmen aus der Erweiterung der Reinigungszone I, die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Begründung:

Der Grad der Verschmutzung Stuttgarts hat insbesondere in der Innenstadt ein Maß erreicht, das die Qualitäten unserer schönen Stadt immer mehr verblassen lässt. Die buchstäbliche Stuttgarter Liberalität sollte nicht darin bestehen, alle Exzesse der sogenannten Partymeile, der Eventgastronomie, der Fast-Food-Ketten und sonstiger Verschmutzer der Innenstadt tatenlos hinzunehmen.

Das 10-Punkte Programm des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft (AWS) ist ein erster Schritt, den Problemen zu begegnen. Nach dem Motto "wo Dreck liegt kommt noch mehr dazu" gilt es, die Verschmutzungsschwerpunkte durch gezielte Maßnahmen zu beseitigen und kontinuierlich für ein Mindestmaß an Sauberkeit zu sorgen. Neben den Punkten 2 (Reinigungspatenschaften), 6 (zusätzliche Mitarbeiter an Verschmutzungsschwerpunkten), 7 ("Task-Force" zur Beseitigung unerlaubter Abfallablagerungen), 8 (intensivere Reinigung von Straßenbegleitgrün) und 9 (Sonntagsleerung von Papierkörben an Brennpunkten), ist Punkt 5 (Erweiterung der Reinigungszone I mit täglicher Reinigung gegen Gebühr) extrem wichtig und wirksam.

Deshalb sollten keine halben Sachen gemacht werden. Denn Stuttgart muss wieder sauberer und damit

Deshalb sollten keine halben Sachen gemacht werden. Denn Stuttgart muss wieder sauberer und dami lebenswerter werden.

Maßnahme 4 (Abfallberatung in Schulen und Kitas) halten wir ebenfalls für sinnvoll. Diese ist jedoch gebührenfinanziert und deshalb für den Haushalt nicht relevant.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 613/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Wagenhallen gut in das zukünftige Quartier einfügen

Platz BHH: 3, 7

Wir beantragen:

Die Umsetzung der Instandsetzungsmaßnahmen für die Wagenhallen entsprechend GRDrs. 633/2013 wird erst in Angriff genommen, wenn

- die Sicherung der Erschließung für Logistik und Parkierung, insbesondere bei größeren Veranstaltungen, gegeben ist;
- dem Lärmschutz durch geschickte Nutzungsaufteilung innerhalb des Hallenkomplexes entsprochen wird (immissionsschutzrechtliches Gutachten und angepasstes Nutzungskonzept sind erforderlich);
- die Integration von Bedarfen bzw. Angebote für das zu planende Quartier überwiegend Wohnungsbau - Berücksichtigung findet (Gemeinbedarf, Bürgertreff, Büros, verträgliche Freizeit- und Kulturangebote, etc. Noch immer gibt es keine Planung für eine Schulsporthalle).

Deshalb gehen wir von einer Verschiebung um 1 Jahr aus (siehe Antrag: Finanzierung des Haushaltes).

Wir erwarten, wie in der Vorlage angekündigt, die Darlegung belastbarer Zahlen für die Gebäudetechnik. Mit welchen Folgekosten generell ist zu rechnen?

Begründung:

Natürlich begrüßen wir, dass die, für die Instandsetzung der Wagenhallen notwendige Summe, von der Verwaltung für den kommenden Haushalt eingestellt wurde. So erfahren Kulturbetrieb, Kunstverein und Kulturschaffende Anerkennung für ihren Einsatz und für die erstellten Konzeptionen. Sie haben die Wagenhallen zu einem Markenzeichen Stuttgarts gemacht.

Allerdings sind Konflikte und Kooperationserfordernisse mit dem geplanten angrenzenden Wohnungsbau (regionaler Wohnungsbauschwerpunkt mit mehr als 1000 Wohnungen) vorprogrammiert.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 614/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Film- und Medienstandort Stuttgart

Platz BHH: 10

Wir beantragen:

Der Herr Oberbürgermeister schafft einen Runden Tisch "Film- und Medienstandort Stuttgart". Hierzu lädt er regelmäßig die betreffenden Institutionen der Stadt ein. Nur so kann ein gemeinsamer Weg für Stuttgart in dieser Sparte entwickelt werden. Ein Treffpunkt der Szene – der dann später im zukünftigen Film- und Medienhaus (vielleicht in der Villa Berg) Platz nehmen kann.

Die städtische Wirtschaftsförderung ist einzubeziehen.

Begründung:

Wir begrüßen, dass ein Film- und Medienhaus nun wohl in den Fokus der Verwaltung gerückt ist. Die eingestellten 150.000 Euro für den kommenden Doppelhaushalt sehen wir als Startschuss für einen Mittelpunkt dieses Wirtschaftszweiges in der Landeshauptstadt.

Aber in der Film- und Medienstadt Stuttgart tut sich mehr, und auch dafür ist "Zuwendung" und Anerkennung der Stadt gefordert.

Die FMX-Konferenz für Animation, Effekte, Games und interaktive Medien ist beispielsweise die größte Fachveranstaltung ihrer Art in Europa. Zusammen mit dem Internationalen Trickfilmfestival macht sie die Landeshauptstadt Stuttgart jedes Jahr für eine Woche zur europäischen Hauptstadt der Animation.

In Stuttgart gibt es darüber hinaus das Filmbüro mit dem Indischen Filmfestival, der Filmschau und den Jugendfilmpreis, Wand5 mit dem Filmwinter, das Haus des Dokumentarfilms, die Hochschulen/Akademien, den Fotosommer aber auch die Kinderfilmtage, die unbedingt Unterstützung brauchen (siehe dazu Antrag "Kultur fördern, stärken, anerkennen").

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Nr. 615/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Kultur fördern, stärken, anerkennen

Platz BHH: 6, 20, 26, 50, 52, 54, 71, 76

Wir begrüßen die von der Verwaltung eingestellte Summe von 1 Mio Euro pro Jahr für den Ausgleich struktureller Unterfinanzierung sowie für neue Projekte.

Aufgrund von Gesprächen mit Kulturschaffenden, den Sachkundigen EinwohnerInnen des Ausschusses für Kultur und Medien, Institutionen und unter Einbeziehung der Ergebnisse des "Kultur im Dialog", der Anträge der Sachkundigen und des Bürgerhaushaltes sehen wir allerdings einen anderen Verteilungsmodus sowie einen Mehrbedarf.

Deshalb **beantragen wir** eine Erhöhung um 395.100 in 2014 und 419.103 in 2015 über die 1 Mio per anno hinaus. Die Beträge insgesamt sind wie folgt zuzuteilen:

2014 2015 Euro Euro

Hotel Silber - Wir erinnern an den Antrag 404/2013 "Hotel Silber-Wir stehen zum bisherigen Konzept"!

Planetarium - Die Verwaltung verdeutlicht in der 1. Lesung ihre in der grünen wie rosa Liste aufgenommenen Vorhaben/Maßnahmen. Wir können diese in Bezug zur Vorlage nur in Teilen nachvollziehen. Ziel muss ein mit Zukunftsperspektiven ausgerichtetes Planetarium sein.

Die "Projektförderung Bildende Kunst" (bisher 32.500 Euro) wird um 60.000 Euro pro Jahr aufgestockt. Diese Mittel werden vom Kulturamt verwaltet - die Projektmittelvergabe durch eine Jury geregelt. So könnte auch Interdisziplinäres, wie z.B. Arttours oder flanerie, eine Chance bekommen. Die Verwaltung legt die Umsetzung schnellstmöglich in den zuständigen Ausschüssen vor.

	60.000	60.000
Württembergischer Kunstverein	45.000	45.000
Künstlerhaus Reuchlinstraße	15.000	15.000
Akademie für gesprochenes Wort	45.000	45.000
Schriftstellerhaus	16.600	16.600
Kinder- und Jugendbuchwochen	15.000	15.000
Leseohren	30.000	30.000
Kinderfilmtage	20.000	20.000
Trickfilmfestival (Erhöhung Gesellschaft.Anteil)	21.000	21.000
Film und Medien s. Antrag Film- und Medienstandort Stuttgart		
Stuttgarter Kammerorchester	30.000	30.000

Internationale Bachakademie Internat. Bachakademie (Musikfest) Musik der Jahrhunderte Musik der Jahrhund. (Festival Eclat) Musik Podium Stuttgart IG Jazz Stuttgarter. Hymnus Chor Württ. Kammerchor Laienmusik Wir vermissen die in der Vorlage 442/2013 erwähnte Einstell Verwaltung.	30.000 30.000 20.000 10.000 50.000 10.000 30.000 2.500 45.000 lung von 9.400 E	30.000 30.000 20.000 10.000 50.000 10.000 30.000 2.500 45.000 uro durch die
Schauspielbühnen Theaterhaus Stuttgart Rosenau Junges Ensemble Stuttgart Fitz tri-bühne Die Rampe Theater der Altstadt im Westen Tanzensemble "Gauthier Dance" studio theater stuttgart Forum Theater Vereinigung Stgt. Mundarttheater Theater in der Badewanne Kulturinitiative Bohnenviertel Handicaptions-Festival Cannstatter Sonntag um Vier	100.000 60.000 75.000 150.000 40.000 20.000 70.000 20.000 125.000 40.000 4.000 15.000 15.000 3.000	100.000 60.000 75.000 150.000 40.000 20.000 70.000 20.000 125.000 40.000 4.000 15.000 15.000 3.000
Forum der Kulturen Obergeschoss Stadtmuseum Cannstatt Französische Woche	30.000 48.000 <u>5.000</u> 1.395.100	30.000 72.000 <u>5.000</u> 1.419.100

KulturRegion Stuttgart - Wir freuen uns, dass die Landeshauptstadt nun wieder ein "echtes" Vollmitglied ist. Über Stuttgarter Beiträge in den Jahres 2014 und 2015 und mögliche finanzielle Auswirkungen wird in der 1. Lesung berichtet.

Die Förderung von Kultur in den Stadtteilen ist nach wie vor unübersichtlich. Da ist die institutionelle Förderung von Stadtteilkultur und Heimatpflege durch das Kulturamt für ca. 10 Vereine. Es gibt aber auch sog. Kulturreihen, die mit der Einführung der Budgets der Bezirksbeiräte in diese wohl eingegliedert wurden. In einigen Bezirken soll Kultur aber überhaupt nicht gefördert werden. Wir bitten die Verwaltung um Stellungnahme in der 1. Lesung.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 616/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Kultur macht Bildung

Die Verwaltung hat die Wichtigkeit von Kulturpädagogik erkannt und Mittel dafür eingestellt. Darüber freuen wir uns.

Wir beantragen, diese Mittel wie folgt zu verwenden:

- Kultur macht Schule: Entsprechend dem im Ausschuss für Kultur und Medien und Schulbeirat vorgestellten Düsseldorfer Modell wird ein Fonds gebildet, der Kulturprojekte an Schulen ermöglicht. Künstlerische oder kunstpädagogische Angebote werden in Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern in die Ganztagesschule integriert. Voraussetzung ist eine gewisse Standardisierung und Qualitätssicherung dieser Angebote. Ein professioneller und auf die Belange der Ganztagesschule abgestimmter KünstlerInnen-Pool wird aufgebaut. Eine kompetente und fachliche Beratung und Unterstützung der Schulen sowie der Künstlerinnen und Künstler ist Voraussetzung. Wir gehen von einem finanziellen Bedarf von 80.000 Euro pro Jahr
- Darüber hinaus sind verstärkt "Schule zur Kultur" bzw ."Kultur zur Schule" zu bringen auch in der Oberstufe. Was bereits vor längerer Zeit in der Arbeitsgruppe "MupäDi zu KupäDi" besprochen wurde, ist nun umzusetzen. Neben der von uns beantragten Stelle für den Museumspädagogischen Dienst werden erst einmal durch Honorarkräfte diese Ziele begonnen. Ein oder zwei Ansprechpartner stehen einerseits Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen und andererseits Schulen zur Verfügung. Sie vernetzen die Angebote, bringen diese aktiv an die Schülerinnen und Schüler und moderieren zwischen den Institutionen von Kultur und Schule. Hierfür stehen 70.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Nach zwei Jahren erfolgt eine Bewertung. Zeigt sich dann ein positives Ergebnis, ist eine Stelle zu etablieren.

Die Verwaltung präsentiert für beide Vorhaben eine Konzeption.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Fraktionsvorsitzende

Stv. Fraktionsvorsitzender

Monika Wüst

Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Nr. 617/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Infoladen - Finanzierung sicherstellen

Wir beantragen:

Der Infoladen Stuttgart 21 wird bisher finanziell als Dependance des Turmforums betrieben und mit einem jährlichen Zuschuss von 8.000 € unterstützt. Aufgrund einer wahrscheinlichen Ortsveränderung ist ein zukünftiger zusätzlicher Mittelbedarf notwendig, denn die Martinskirche benötigt die bisher vom Infoladen genutzten Räume selbst. Die zusätzlich notwendigen Mittel werden aus den von L/OB-K verwalteten Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit für Stuttgart 21 bereitgestellt.

Begründung:

Seit 15 Jahren informiert der Verein Infoladen Stuttgart 21 ehrenamtlich die Bewohnerinnen und Bewohner des Nordbahnhofviertels über die Bauarbeiten zu S 21 und deren Auswirkungen im Quartier. Diese Arbeit ist notwendig und tut dem Stadtteil gut. Das bedeutet, dass er auch zukünftig im Nordbahnhofviertel angesiedelt bleiben muss.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Nr. 618/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Eigeninitiative unterstützen - Stadtbezirke stärken

Wir beantragen zur Stärkung von örtlichen Eigeninitiativen

- 1. dem Stadtteilmanagement 130.000 € p.a. (inkl. Altstadtmanagement Bad Cannstatt) sowie
- 2. der City-Initiative Stuttgart e.V. weitere 29.500 € p.a. zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Um die Arbeit des Stadtteilmanagements motivierend fortsetzen zu können, sollte das Stadtteilmanagement örtliche Initiativen für sinnvolle Projekte auch finanziell unterstützen können. Dabei könnte ein entsprechender Eigenfinanzierungsanteil, ein Maßnahmenplan oder ein Zeitplan als Grundlage und Voraussetzung dienen. Das vorgesehene Altstadtmanagement in Bad Cannstatt wäre – unabhängig seiner Zuordnung und Organisationsform – darin enthalten.

Die City-Initiative Stuttgart e.V. sorgt seit über 13 Jahren erfolgreich für Frequenz, Image und Kaufkraft in der City – und das bei gleichbleibendem bzw. sogar gekürztem städtischen Zuschuss. Rund 400 direkte und indirekte Mitglieder sorgen mit Mitgliedsbeiträgen und Sponsoraten für ein privatwirtschaftlich eingebrachtes Budget von über 400.000 €. Aber die Herausforderungen gerade in den nächsten Jahren werden durch die über 20-prozentige Steigerung der Verkaufsflächenzahl gewaltig. Um die Chancengleichheit der City gegenüber den zentral organisierten Marketingbudgets der Einkaufscenter zu bewahren, sollte die Stadt ihre Zuschüsse für weitere Kommunikationsmöglichkeiten erhöhen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 619/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Unser Gemeinwesen stärken

Wir beantragen:

Für die Förderung von Begegnungen in Stuttgarter Stadtteilen und die Stärkung von Nachbarschaften werden jährlich zusätzlich 140 000 Euro zur Verfügung gestellt (vgl. GRDrs 628/2013).

Begründung:

Wir wollen Ansätze und Akteure, die Orte der Begegnung in unserem Gemeinwesen entwickeln, fördern und stärken. Konkret betrifft dies zum Beispiel die Bemühungen im Raitelsberg in Stuttgart-Ost.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig

Nr. 620/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Investitionsmaßnahmen im Bereich der Feuerwehr

Wir beantragen:

- 1. Die Verwaltung legt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine schriftliche Stellungnahme zu unserem Antrag 238/13 vom 07.06.13 vor.
- 2. Neben den in diesem Antrag angesprochenen Fragen zur Ausstattung unserer Feuerwehrhäuser (Unfallverhütung, EDV-Ausstattung usw.) halten wir es für zwingend, über den weiteren Sanierungsbedarf in den Gebäuden der Berufsfeuerwehr und den Aus-und Neubaustand der Häuser der Freiwilligen Feuerwehren Klarheit zu erhalten. Dazu erwarten wir ein Konzept und einen Zeitplan zur Verwirklichung.
- 3. Unabdingbar und jetzt zu beschließen sind nicht nur Planungsmittel für die Feuerwache 5 (Degerloch), wie sie im Haushaltsentwurf eingestellt wurden. Notwendig ist nun auch die verbindliche Standortentscheidung einschließlich Zeitplan, mit allen dazu gehörenden Fragen (Katastrophenschutzzentrum, Ausbildungszentrum).

Begründung:

Im Jahr 2011 wurde der Feuerwehrbedarfsplan vom Gemeinderat beraten und beschlossen. Dieser ist nun schrittweise zu verwirklichen und nicht auf die lange Bank zu schieben. Gerade angesichts beschränkter Mittel ist es notwendig, mit der Erneuerung der Feuerwehrgebäude in Stuttgart fortzufahren. Weiteres Hinauszögern verteuert die notwendigen Maßnahmen. Nur bei einem kontinuierlichen Vorgehen können weitere "Bugwellen" vermindert werden. Nach gegenwärtigem Informationsstand sind leider keine konkretisierenden und sachgerechten Anträge möglich.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 621/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Das Olgäle braucht noch einmal unsere finanzielle Unterstützung.

Wir beantragen:

Die Stadt Stuttgart unterstützt das Olgäle im Doppelhaushalt 2014/2015 noch einmal mit jährlich 5 Mio. €.

Begründung:

Die Kinderfallpauschalen sind nach wie vor nicht hinreichend, weshalb bundesweit die Kinderkliniken strukturell bedingte Defizite in ihrer Refinanzierung aufweisen. Die Defizite des Olgäle sollten durch den Umzug in den Neubau geschmälert werden. Dieser hatte sich bereits verzögert und muss nun durch den unvorhergesehenen Wasserschaden sogar noch weiter hinausgeschoben werden. Deshalb ist es erforderlich, das Olgäle als weithin renommiertes Kinderkrankenhaus in diesem Doppelhaushalt mit einem städtischen Zuschuss zu unterstützen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Maria Hackl

Nr. 622/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Präventions-, Gesundheits- und Konfliktberatung: den Bedarf aufnehmen

Wir beantragen:

- Eine Erhöhung der Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatung der Evangelischen Gesellschaft um 46 000 Euro im Jahr.
- Eine Aufstockung der Förderung von pro familia Stuttgart für den Bereich "Sexualität und Behinderung" um 55 000 im Jahr,
- Eine zusätzliche Förderung des GesundheitsLaden e.V. für den Mädchengesundheitsladen und die Einrichtung "Jungen im Blick" in Höhe von 90 000 Euro im Jahr.
- Die Fortführung der bestehenden Mädchenarbeit von IN VIA durch das Projekt ZIMA (Zentrum für interkulturelle Mädchen und Frauenarbeit) mit einer Förderhöhe von 90 000 Euro im Jahr.
- Eine Aufstockung der Förderung für das von der Frauen-Sucht-Beratungsstelle Lagaya und der Sozialberatung Stuttgart e.V. gemeinsam durchgeführte Präventionsprojekt "Rausch ab" um 38 000 Euro im Jahr.
- Aufstockung der F\u00f6rderung f\u00fcr die M\u00e4nnerinterventionsstelle (MIS) im Rahmen der Stuttgarter Ordnungspartnerschaften gegen h\u00e4usliche Gewalt (STOP) der Sozialberatung Stuttgart e.V. um 61 000 Euro im Jahr.

Begründung:

Die beantragten Fördererhöhungen für Stuttgarter Präventions-, Gesundheits- und Konfliktberatungsstellen folgen dem gewachsenen Bedarf, der sich in den jeweiligen Fallzahlen statistisch widerspiegelt. Dabei ist dies nicht allein eine sozialpolitische Notwendigkeit, sondern auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe, um Folgekosten für die Gesellschaft zu vermindern.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Andreas Reißig Judith Vowinkel

Nr. 623/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Soziale Infrastruktur braucht leistungsfähige freie Träger - den Vorschlag der Liga der Wohlfahrtspflege zur Anpassung im Förderbereich annehmen!

Wir beantragen:

Mit dem von der Liga der Wohlfahrtspflege mit Schreiben vom 27.8.2013 vorgelegten Antrag zur Anpassung von Kostensteigerungen im Förderbereich wird wie folgt verfahren.

Der Gemeinderat fasst im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014/2015 folgende Beschlüsse:

- 1. Grundsatzbeschluss: Anpassungen durch Tarifabschlüsse werden analog zu den städtischen Diensten auch für die im Rahmen der Subsidiarität tätigen Freien Träger für die zuschussfinanzierten Dienste in Zukunft verlässlich umgesetzt.
- 2. Nach vorliegender Entscheidung eines Tarifabschlusses werden diese Erhöhungen ab ihrer Wirksamkeit beim jeweiligen Leistungsträger durch entsprechende Zuschusserhöhung umgesetzt.
- 3. Zur ebenfalls notwendigen Anpassung bei den Sachkosten legt die Verwaltung spätestens bis zur 1. Lesung einen Vorschlag vor, wie dies ggf. in einem Stufenmodell geschehen kann.

Begründung:

Die zuschussfinanzierten Dienste der Freien Träger sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil unserer sozialen Infrastruktur. Ohne diese Dienste wäre die soziale Infrastruktur nicht annähernd in der heutigen Qualität aufrecht zu erhalten. Kommunen können dies auch aus finanziellen Gründen nicht allein leisten.

Seit vielen Haushaltsberatungen ist das bei den Trägern bestehende Sockeldefizit jedoch immer wieder ein Thema. Zufriedenstellend ist es bisher nicht gelöst und kann auch mit einem höheren Einsatz von Eigenmitteln oder Einwerbung von Drittmitteln nicht wirksam behoben werden.

Nun machen die Vertreter der Liga der Wohlfahrtspflege den untereinander abgestimmten Vorschlag, statt Behebung der entstandenen Sockeldifferenzen, eine Sicherheit für den Umgang mit anstehenden Tarifsteigerungen zu schaffen. Ein Vorschlag, der aus unserer

Sicht diskutiert und umgesetzt werden sollte.

Noch offen ist, der Umgang mit den gestiegenen Sachkosten. Auch hierfür sollte uns die Verwaltung einen gangbaren Vorschlag vorlegen. Die Kostensteigerungen im Energiebereich, bei Verbrauchsmaterialien und bei der technischen Ausstattung sind bekannt und belegbar, eine Anpassung der Sachkostenpauschalen schon länger nicht mehr erfolgt.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger Manfred Kanzleiter Andreas Reißig

Nr. 624/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Teilhabe sichern - weitere Schritte auf dem Weg zu einer wirksamen Inklusion und einem Aktionsplan für Stuttgart

Wir beantragen:

- 1. Für die weitere Entwicklung von Netzwerken Inklusion in einzelnen Stadtteilen werden 2014 im Haushalt entsprechend der GRDrs 199/2013 einmalig 29.000 € bereit gestellt.
- 2. Wir halten einen barrierefreien Online-Stadtführer sowohl für (Neu-)bürgerInnen als auch für Gäste der Stadt für dringend notwendig. Dessen Erstellung und Pflege soll nach unseren Vorstellungen durch städtisches Personal (Alternative 1) erfolgen, weshalb wir an dieser Stelle auf unseren Antrag zu den Stellenplanberatungen verweisen. Zu den Sachaufwendungen nimmt die Verwaltung spätestens in 2. Lesung Stellung. Hierzu liegen Anmerkungen in der Vorlage 634/2013 und der sogen. Wunschliste vor, die es zu präzisieren gilt.
- 3. Entsprechend dem Vorschlag in der GRDrs 655/2013 (Wirkungsanalyse des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe) werden fünf vorhandene Sachbearbeiterstellen in Fallmanager-Stellen umgewidmet. Die notwendigen Finanzmittel von jährlich 45.500 € werden dafür fortlaufend bereitgestellt.
- 4. Bezüglich der weiteren Öffnung von Begegnungsstätten für Senioren mit geistiger Behinderung verweisen wir auf unseren HH-Antrag zur Altenhilfe, in dem wir 18.000 € jährlich für den weiteren Ausbau beantragen.
- 5. Die Arbeit von "Kultur für Alle" siehe GRDrs 270/2013 wird ab dem Jahr 2014 mit 25.000 € jährlich als ein wichtiger Teilhabebaustein in die laufende Regelförderung aufgenommen.

Außerdem beantragen wir:

Die Verwaltung erklärt in den Haushaltsberatungen, wie sie es mit der Vorbereitung für einen Aktionsplan Inklusion und der dafür notwendigen Bereitstellung von Finanzmitteln halten will. Wir verweisen dazu auf unseren Antrag Nr. 419/2013 vom 14.10.2013.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Nr. 625/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Das System der Wohnungsnotfallhilfe stärken und die Nachtöffnung der Bahnhofsmission Stuttgart sicherstellen.

I. Wohnungsnotfallhilfe

Wir beantragen:

 Die notwendigen Mittel in Höhe von jährlich 188.000 EUR zur Erhöhung der Zahl der förderfähigen Personalstellen um 2,5 Stellen in den Fachberatungsstellen der Wohnungsnotfallhilfe, wie in der GRDrs 226/2013 beschrieben, werden in den kommenden Haushalt eingestellt.

Begründung: Die Fachberatungsstellen sind entscheidend für den Zugang der Menschen mit Wohnungsnot in das bestehende Hilfesystem. Kommt es hier zu Wartezeiten bleibt das nicht ohne Folgen. Es entstehen unnötige und auch teure Warteschleifen, ganz zu schweigen für die weiteren Probleme, die sich für die Betroffenen dadurch ergeben. Seit nunmehr zwölf Jahren ist die personelle Ausstattung in den Fachberatungsstellen unverändert geblieben. Die Fallzahlen sind aber stetig gestiegen. Nun ist ein Punkt erreicht, an dem dringend die erforderlichen Ressourcen, insbesondere auch für aufsuchende Arbeit und offene Sprechstunden, den Fachberatungsstellen zur Verfügung gestellt werden.

 Zur Einrichtung einer zielgruppenspezifischen Koordination Sucht werden im Haushalt 2014/2015 jährlich 96.000 EUR eingestellt (siehe GRDrs 473/2013), damit die förderfähigen Stellenanteile um 1,6 auf insgesamt 2,8 Stellen erhöht werden können.

<u>Begründung</u>: In der Wohnungsnofallhilfe sind Menschen mit Suchtverhalten eine wichtige Zielgruppe. Fast die Hälfte der Personen in der Wohnungsnotfallhilfe haben ein Suchtproblem. Bisher konnte jedoch keine Fachlichkeit der Suchthilfe explizit in der Wohnungsnotfallhilfe Eingang finden. Ziel der Koordination Sucht soll unter anderem die Entwicklung und Begleitung suchtspezifischer Konzepte sein.

 Die Mittel zur F\u00f6rderung des Tagestreffs f\u00fcr Frauen "Femmetastisch" des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. werden j\u00e4hrlich um 12.000 EUR erh\u00f6ht.

<u>Begründung</u>: Durch den Umbau der Tagesstätte hat sich die förderfähige Miete erhöht. Diese Mieterhöhung wird seitens der Sozialverwaltung als angemessen beurteilt. Dies macht eine Anpassung der Bezuschussung notwendig.

 Die notwendigen Mittel zur Erhöhung der Stellenanteile in der Tagesstätte Café 72 der Ambulanten Hilfe e.V. in Höhe von jährlich 47.000 EUR werden in den Haushalt 2014/2015 eingestellt.

<u>Begründung</u>: Die Besucherzahlen des Cafés sind stetig gestiegen. Der Träger verfolgt in der Tagesstätte einen Selbsthilfeansatz. Dies unterscheidet das Café 72 von anderen Tagesstätten in Stuttgart. Die Arbeit vor Ort und das innovative Konzept soll durch die Erhöhung der Stellenanteile um 0,75 unterstützt werden.

 Wir unterstützen die von der Verwaltung bereits in die Grüne Ergänzungsliste übernommenen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen für die Frauenpension des Caritasverbandes im Veielbrunnenweg und stimmen der Einstellung von jeweils 351.000 EUR Zuschussmitteln in den Jahren 2014 und 2015 zu.

II. Bahnhofsmission

Wir beantragen:

• Die Mittel zur Förderung der Arbeit der Bahnhofsmission Stuttgart werden jährlich um 29.000 EUR erhöht.

<u>Begründung</u>: Durch diese Erhöhung kann die Bahnhofsmission Stuttgart auch nachts wieder geöffnet werden. Dieses Angebot ist wichtig, da kein vergleichbares Angebot für Notlagen in der Nacht in Stuttgart existiert.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Ariane Bergerhoff Marita Gröger

Nr. 626/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Neukonzeption der Fürsorgeunterkünfte: ein erfolgreiches Betreuungskonzept auf eingestreute Unterkünfte ausweiten!

Wir beantragen:

Für die Betreuung der eingestreuten Fürsorgeunterkünfte – siehe Bericht in der GRDrs. 340/2013 – erhalten die damit beauftragten Träger ab dem Jahr 2014 3 x 0,5 Stellenanteile, insgesamt eine Förderung von 106.650 € pro Jahr.

Begründung:

In mehreren Jahren und mehreren Bausteinen haben wir die Arbeit in den Fürsorgeunterkünften auf qualitätsvollere und zugleich kostensparende Betreuungsangebote umgestellt. Mit einer bis 31.12.2013 befristeten Betreuung der gestreuten Fürsorgeunterkünfte konnten messbare Erfolge erzielt werden. Mit den derzeit vorhandenen Stellenanteilen konnten jedoch nur 50% der Haushalte in den ca. 230 gestreuten Fürsorgeunterkünften erreicht werden, denn die Personalbemessung errechnete sich aus vorhandenen Restmitteln und nicht aus dem realen Stellenbedarf für diese Arbeit.

Unser Ansatz ist auch weiterhin, intensive Hilfe zu gewähren, die Aufenthaltszeiten in den Fürsorgeunterkünften weiter zu verkürzen und reguläre Mietverhältnisse zu ermöglichen. Nutzer dieser intensiveren Betreuung sind ca. 1.100 Menschen, davon ca. 300 Kinder, für die es um Startchancen in ein gelingendes eigenständiges Leben geht.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Nr. 627/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Menschen mit Suchtproblematik nicht alleine lassen!

Wir beantragen:

 Die F\u00f6rdermittel f\u00fcr die Bereitstellung eines ambulanten Versorgungsangebots f\u00fcr chronisch mehrfach beeintr\u00e4chtigte Abh\u00e4ngigkeitskranke (CMBA), die durch das bestehende Hilfesystem bislang noch nicht erreicht werden, wie es aus dem Konzept der Lenkungsgruppe CMBA aus Teil II hervorgeht.

Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 177.100 EUR für 2014 und ab 2015 in Höhe von 180.600 EUR werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung: Es kann davon ausgegangen werden, dass ein großer Teil der durch ihre Abhängigkeitskrankheit schwer mehrfach beeinträchtigten Menschen in unserer Stadt nicht vom bereits bestehenden Hilfesystem erreicht werden und ihr Leben in teils unhaltbaren Zuständen fristen. Ziel muss es sein, deren Lebenssituation zu verbessern insbesondere hinsichtlich deren Gesundheit, Wohnsituation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

• Die Förderung des erfolgreichen Projekts PRO Kids für Kinder aus suchtbelasteten Familien wird für weitere zwei Jahre sichergestellt.

Die dafür notwendigen Mittel für 2014 und 2015 in Höhe von 63.700 bzw. 64.700 EUR werden in den Haushalt eingestellt.

Für eine Anschlussfinanzierung muss eine Klärung herbeigeführt werden, ob PRO Kids künftig zusammen mit dem Projekt "Aufwind" für Kinder psychisch kranker Eltern zusammen weiter geführt werden kann und soll. Langfristig müssen diese Aufgaben in die Jugendhilfe integriert werden.

Begründung: Kinder, die in Familien aufwachsen, in denen ein Elternteil an einer Sucht erkrankt ist, haben eine weit höheres Risiko, selbst an einer Sucht zu erkranken. Daher brauchen sie unsere besondere Unterstützung, damit sie ihre Persönlichkeit entwickeln und ihren eigenen Weg finden können, ohne selbst in Abhängigkeiten zu geraten.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Ariane Bergerhoff Judith Vowinkel

Nr. 628/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Wie geht es weiter mit dem Autonomen Frauenhaus?

Wir beantragen:

Die Verwaltung nimmt in der 1. Lesung Stellung zum Antrag des Autonomen Frauenhauses auf Bezuschussung des erneuten erforderlichen Umzugs sowie der damit einhergehenden Umsetzung des neuen Konzeptes.

Begründung:

Das autonome Frauenhaus in Trägerschaft des Vereins "Frauen helfen Frauen" musste Mitte des Jahres 2012 in ein neues Gebäude umziehen, von dem von Anfang an klar war, dass es nur bis Juni 2015 zur Verfügung stehen wird. Im Doppelhaushalt 2014/2015 müssen daher die Weichen gestellt werden, wie es mit dem Frauenhaus weitergehen wird. Das autonome Frauenhaus hat sein neues Konzept, das im Rahmen des erneuten Umzugs umgesetzt werden soll, am 7. Oktober 2013 im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgestellt. Das überzeugende Konzept beinhaltet eine kleinere anonyme Wohneinheit(en) sowie ein sogenanntes sicheres Haus, dessen Adresse bekannt ist, aber dennoch durch ein differenziertes Sicherheitssystem auch zukünftig den hilfesuchenden Frauen und ihren Kindern Schutz bietet.

Im Sozialausschuss wurde seitens der Verwaltung öffentlich gesagt, dass man "wild entschlossen sei", neue Räume zu finden. Sollte dies nicht gelingen, werde ab Juli 2015 dafür Sorge getragen werden, dass das Autonome Frauenhaus in den Interimsräumen bleiben könnte. Da es haushaltsrelevant wäre, wenn das autonome Frauenhaus in dem Zeitraum bis Juni 2015 die für das Konzept erforderlichen Immobilien finden würde, bitten wir um eine Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden Antrag des Trägers.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Maria Hackl

Nr. 629/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Erkenntnisse sammeln und Hilfen für Ältere bedarfsgerecht weiter entwickeln

Wir beantragen:

- Für eine fundiertere Befragung älterer Migrantinnen und Migranten zu ihrer Gesundheits- und Lebenssituation als notwendige Vertiefung des Alterssurveys werden entsprechend der GRDrs 492/2013 im Jahr 2014 einmalig 32.500 € bereit gestellt.
- 2. Um eine weitere Öffnung von Begegnungsstätten für Senioren zu ermöglichen wird entsprechend der Vorlage 257/2013 der dafür bestehende Etat um jährlich 18.000 € (= 3 x 6.000 €) erhöht und damit die Aufnahme dieser Arbeit in drei weiteren Begegnungsstätten ermöglicht.
- 3. Das schon laufende Verfahren Partizipativer Altersplanung im Quartier wird für die Aufnahme weiterer Gebiete entsprechend der GRDrs 545/2013 im Jahr 2015 mit 14.000 € ausgestattet.
- 4. Für ein Qualifizierungsprojekt Kultursensible Pflege in Heimen werden 2015 einmalig 50.000 € im Haushalt eingestellt.

Bezüglich der Stellenausstattung für Leben im Alter verweisen wir auf unseren Antrag zu den Stellenplanberatungen. Wir halten einen weiteren Ausbau des Dienstes für notwendig.

Investitionsmittel:

- Wir unterstützen die von der Finanzverwaltung bereits in die grüne Ergänzungsliste übernommenen Investitionsmittel für die Begegnungsstätte in Botnang im Zuge der Neugestaltung Ortsmitte Botnang mit für 2014 und 2015 angesetzten 100.000 € bzw. 168.000 €.
- 2. Wir beantragen die Mittelaufnahme von 287.000 € im Jahr 2015 für Umzug und Ausstattung der Begegnungsstätte Hallschlag am neuen Standort Römerkastell /Essener Straße. Die im Rahmen der Sozialen Stadt Hallschlag entwickelte und fertig gestellte Planung für ein Haus der Sozialen Dienste mit betreuten Wohnungen ist den zuständigen Ausschüssen unverzüglich vorzulegen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger

Nr. 630/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Erfolgreiche Integrationsarbeit fortführen und ausbauen

I. Willkommenskultur stärken und festigen

- 1. Für die Erweiterung der Flüchtlingsunterkunft in Sillenbuch werden wie von der Verwaltung vorgeschlagen die erforderlichen Mittel bereitgestellt.
- 2. Für die Betriebskosten des Willkommenszentrums werden 50.000 € p.a. eingestellt.
- 3. Im Amt für öffentliche Ordnung wird im Sachgebiet Einbürgerung 1 Stelle geschaffen (siehe unseren Stellenantrag).
- 4. Zur Qualifizierung Kultursensibler Pflege in Pflegeheimen werden die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt (siehe unseren Antrag "Erkenntnisse sammeln und Hilfen für Ältere bedarfsgerecht weiter entwickeln").

Begründung: Die Integrationsarbeit in unserer Stadt kann nur nachhaltig weiterentwickelt werden, wenn die personelle und finanzielle Ausstattung sichergestellt wird.

II. Bildung ist Grundlage einer gelingenden Integration

- 1. Das Projekt Mentoren für Jugendliche (MefJu) wird bedarfsgerecht ausgebaut und die Förderung um jährlich 14.900 € erhöht.
- 2. Für das Projekt LISA (zum Erwerb des deutschen Schulabschlusses) werden die Mittel zur Deckung des Mehrbedarfs um 13.300 € p.a. aufgestockt.
- 3. Das Projekt "Dialog macht Schule" wird weitergeführt: dafür werden 0,6 Stellen bei der Stabsstelle Integration (S-IP) im Stellenplan bereitgestellt (siehe unseren Stellenantrag).
- 4. Das Projekt ZIMA (Zentrum für interkulturelle Mädchenarbeit) erhält einen städtischen Zuschuss (siehe unseren gesonderten Antrag auf Förderung).
- 5. Das Vorleseprojekt Leseohren erhält einen städtischen Zuschuss (siehe unseren Antrag zur Kultur).

Begründung: Alle diese Angebote haben sich bewährt. Im Falle der Leseohren ist erstmalig ein städtischer Zuschuss erforderlich, im Falle von LISA und MefJu müssen die Mittel zum bedarfsgerechten Ausbau erhöht werden.

III. Integration und Kulturarbeit bedingen sich gegenseitig

- Das Projekt "Kulturdolmetscher" erhält einen städtischen Zuschuss von jährlich 15.000 €.
- 2. Im Budget für die Kulturarbeit in unserer Stadt wird eine Erhöhung des Zuschusses für das Forum der Kulturen eingestellt (siehe gesonderten Antrag).

Begründung: Kultur bildet eine essentielle Brücke des gegenseitigen Verstehens. Inter-Kultur ist eine elementare Grundlage für ein friedliches Miteinander und ist deshalb zu fördern.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Ergun Can Dr. Maria Hackl

Nr. 631/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Maßnahmen zur Gewinnung von Erziehungspersonal, der weiteren Personalgewinnung, Job Ticket

Platz BHH: 46

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Veränderungen, welche der demografische Wandel mit sich bringt, erfordern von der Stadt erhebliche neue Anstrengungen. Mit Ihren Vorschlägen für die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen geht die Verwaltung in die richtige Richtung. Dennoch halten wir Ergänzungen bzw. Klärungen für notwendig.

Dazu beantragen wir:

1. Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung.

Die in GRDrs. 905/13 dargestellten Einzelmaßnahmen wurden im Personalbeirat beraten und im Wesentlichen begrüßt. Sie führen den in den letzten HH-Planberatungen begonnenen erfolgversprechenden Weg konsequent fort. Wir greifen die in der "Roten Liste" gemachten Vorschläge der Fachverwaltung auf und beantragen zusätzlich zu den im HH-Entwurf enthaltenen Mitteln die Bereitstellung von 0,5 Mio. €.

2. Job-Ticket

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Job-Ticket wird von uns im Grundsatz begrüßt. Wir sehen darin nicht nur einen Versuch zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Gewollt ist gleichzeitig die Verbesserung der Attraktivität des Arbeitgebers Stadt Stuttgart. Unabhängig von Details, wie sie in GRDrs. 953/13 beschrieben sind, dürften weitere Fragen zu regeln sein. Wir gehen davon aus, dass die Einführung des Job-Tickets eine Maßnahme ist, die wahrscheinlich der Mitbestimmung des Gesamtpersonalrats nach dem LPVG unterliegt. Wir bitten deshalb vor dem Beschluss um eine schriftliche Stellungnahme des Gesamtpersonalrats. Aus unserer Sicht bietet sich der Abschluss einer Dienstvereinbarung an.

3. Bessere Bezahlung für Erziehungskräfte, Personalgewinnung und Personalbindung

Mit GRDrs. 952/13 schlägt die Verwaltung den Beschluss einer zeitlich befristeten außertariflichen Zulage für Erziehungskräfte in Höhe von 100 € für bestimmte Personengruppen vor. Wir anerkennen, dass damit der Versuch gemacht wird, ein großes Problem zu lösen. Wir fürchten indes, dass dieser Schritt nicht ausreichend sein

wird. Die SPD-Fraktion hatte die generelle Verbesserung der Eingruppierung von Erziehungskräften der Entgeltgruppe 6 nach Entgeltgruppe 8 vorgeschlagen. Diesen Vorschlag halten wir nach wie vor für tarifgerecht. Wenn dies so ist, bedarf es keiner besonderen Beschlussfassung durch den Gemeinderat, weil dann die sog. Tarifautomatik greift und die Finanzierung über den allgemeinen Personalhaushalt sicher zu stellen ist. Wir bitten deshalb um Erörterung der Angelegenheit im Personalbeirat. Wir behalten uns vor, danach einen ergänzenden finanzwirksamen Antrag zu stellen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 632/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Schaffung zusätzlicher Stellen

Wir beantragen im Rahmen der Stellenplanberatungen zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen folgende Stellen zu schaffen:

lfd. Nr	Amt ((Ziff. xxx) entsprechend der Antragsliste zum Stellenplan).	
01	Bereich Oberbürgermeister Stuttgarter Ordnungspartnerschaft STOP Koordinationsaufgabe in der Gleichstellungsstelle. Die erfolgreiche Stuttgarter Ordnungspartnerschaft STOP leidet seit Streichung der 0,5 Stelle unter akutem Personalmangel im Bereich der Thematik "häusliche Gewalt". (Nicht in Antragsliste der Verwaltung - Siehe GRDrs. 341/2013) Stabstelle Integration (S/IP) Die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen (Dialog macht Schule) hat sich bewährt und sollte weitergeführt werden. Da die bisherige Förderung ab 2014 wegfällt, bleibt nur die Schaffung der notwendigen	0,5
02	Stellenanteile im städt. Haushalt (Ziff. 43) Haupt-und Personalamt Die Einführung des elektronischen Bewerbungsmanagements ist nur sinnvoll möglich, wenn bis auf weiteres sowohl die elektronische als auch die schriftliche Bewerbung möglich ist. Dafür sind befristet für zunächst zwei Jahre zwei halbe Stellen nötig. (Ziff. 104/105)	1,0 (2x0,5)
	Für eine erfolgreiche Personalpolitik ist es im Zuge des demografischen Wandels und unter den Bedingungen des aktuellen Arbeitsmarktes unumgänglich, dass die Aktivitäten der Personalentwicklung und der Aus- und Fortbildung dem gestiegenen Arbeitsumfang angepasst werden (Ziff. 116)	

03	Bezirksämter	
	Die Bezirksämter sind teilweise unterbesetzt. Darunter leiden die Mitarbeiter und die dringende Aufgabenerledigung für die Bürgerschaft.	1,86
	Es wurden einige Anträge dazu gestellt, die wir für berechtigt halten. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 1,8 zus. Stellen reichen nicht aus (Ziff. 140-182).	
04	Amt für öffentliche Ordnung Das Amt nimmt fast ausschließlich gesetzliche Aufgaben wahr. Die Mitarbeiter sind seit Jahren extrem durch immer neue und komplexere Aufgaben belastet. Die Ergebnisse der im Zuge der letzten Haushaltsplanberatungen zugesagte Untersuchung des Personalbedarfs sind uns bis heute nicht bekannt. Inzwischen liegen eine Vielzahl von Überlastungsanzeigen vor. Wir halten deshalb vorrangig folgende zusätzliche Stellen für nötig:	
	 Gaststättenrecht. Verringerung von Ordnungsstörungen (Ziff. 325) Verkehrsbehörde (Ziff. 326, 327, 331,334) Einbürgerungen (Kampagne ist dringend zu intensivieren) (Ziff. 336) Heimaufsicht. Bisherige halbe Stelle reicht nicht aus.(Ziff. 337) Lebensmittelüberwachung (Ziff. 341- 2 von 3 nötigen Stellen) Anmerkung: Die Verwaltung berichtet im Rahmen der Beratungen über die räumliche Unterbringung des Amtes (u.a. auch für die Verkehrs-und Parkraumüberwachung). 	1,0 4,0 1,0 0,5 2,0
05	Standesamt Eine von 2,5 beantragten Stellen für Nacherfassung von Daten des Personenstandsregisters. Erhebliche Arbeitsvereinfachung und Umsetzung zwingender gesetzlicher Vorgaben. (Ziff. 431). 0,5 statt 0,25 Stelle (Vorschlag Verwaltung) zur Bearbeitung der explosionsartigen Zunahme der Wunschorte für Eheschließungen. (Ziff. 434).	1 0,25
06	Branddirektion Die bereits im Rahmen der Beschlussfassung über den Feuerwehrbedarfsplan anerkannten, noch fehlenden sechs Stellen sind nun zu schaffen (2 StPl. 2014, 2 StPl. 2015) sowie (2 StPl. 2016).	2 (2014) 2 (2015) (2(2016))

07	 Schulverwaltungsamt Der Personalbedarf des Amtes wurde nur unzureichend an die massiv gestiegenen Aufgaben angepasst. Die nachfolgend beantragten Stellen sind zur Aufrechterhaltung der Arbeit des Amtes unabdingbar: Vorbereitung von 8 neuen Ganztagsschulen (Ziff. 514) Für das Schulhausbetreuersystem wurden von der Verwaltung zunächst 3 Hausmeisterstellen vorgeschlagen, die wir unterstützen. Zusätzlich sind dringend 3 Stellen EG 9 für das techn. Gebäudemanagement nötig. Weiterer evtl. Bedarf ergibt sich aus der laufenden Untersuchung (Ziff. 511 i.V. mit Ziff. 515,516 u.517). Schulsekretärinnen. Zusätzlich zum Vorschlag der Verwaltung 2 Stellen (damit zunächst 3,25 Stellen von 5 laut Stellenbemessung benötigten). 	1 3 2
08	Kulturamt	
	Archiv. 1,0 Stelle zur Aufarbeitung des Fotoarchivs. (7:iff 601)	1
	(Ziff. 601)Musikschule. Musiklehrer zur Reduzierung der Warteliste.(Ziff. 603)	2
	MupäDi. ein Kunstpädagoge.(Ziff. 604)	1
	 Planetarium (Video- Fulldome- System geht in Betrieb) (Ziffer 607). 	1 (2015)
09	Sozialamt	
	 Im Arbeitsbereich zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ist eine zus. Sozialarbeiterstelle nötig (Ziff. 802). 	1
	Beim Bürgerservice Leben im Alter wird in den Außenbezirken	
	dringende Verstärkung benötigt (Zahl der Alten steigt).(Ziff.806). Barrierefreies und inklusives Sozialamt. Eine Stelle für eine/n	1
	Schwerbehinderte/n als Begleitperson für Besucher/innen (Stelle	
	kann aus Ausgleichsmitteln zu 70% finanziert werden. (Ziff. 810) • Umsetzung des barrierefreien online-Stadtführers in den Jahren	1
	2014 und 2015. (Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	0,5 (2014)
	gem. Variante 1 (GRDrs. 634/13)	0,5 (2015)
10	Jugendamt	
	Beim Jugendamt hat sich durch den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung ein riesiger Personalbedarf entwickelt.	
	Insbesondere im administrativen Bereich ist dem Arbeitszuwachs nicht	
	ausreichend durch die Schaffung von Stellen Rechnung getragen worden. Den von der Verwaltung vorgesehenen Stellenanträgen fügen	
	wir deshalb folgende hinzu:	
	 Mietmanagement für Kitas (Ziff. 901 und 920) Sekretariate in den Beratungszentren (Ziff. 904) 	1 1,5
	Dipl. Psychologe (Beratungszentrum B.Cannst) Ziff. 909	1
	 Sachbearbeitung in der wirtschaftl. Jugendhilfe (Ziff. 911) I u.K - Betreuung (Ziff. 915) 	1
	- Fant Bollodding (Em. 616)	1

	·	·
11	 Gesundheitsamt Das Gesundheitsamt ist mit seinen vielfältigen, meist gesetzlichen Aufgaben personell unterbesetzt. Die wichtigsten Aufgaben müssen deshalb durch entsprechende Schaffung von Stellen sicher gestellt werden. Durchführung der Trinkwasserverordnung. Es genügt nicht, wie von der Verwaltung vorgesehen, eine halbe Stelle für einen Gesundheitsingenieur zu schaffen. Benötigt wird eine ganze Stelle und eine halbe für die Administration. (Ziff. 1100 und 1101). Die Anlaufstelle für weibliche Prostituierte ist aufgrund steigender Zahlen personell zu ergänzen (Sozialarbeiter/in). (Ziff. 1102) Krankenhaushygiene VO - Arbeitsvermehrung- (Ziff. 1105) In der Beratungsstelle HIV/STI müssen die Sprechstunden ausgeweitet werden. Benötigt werden Arzt- und Krankenpflegestunden. (Ziff. 1103, 1108). 	0,5 0,5 0,25 0,5 0,2 0,3
12	 Amt für Umweltschutz Umsetzung der nach Biotopverbundplanung erarbeiteten Maßnahmen, (Ziff. 1205) Energiedienst Strom - Ausweitung auf nicht betreute städt. Liegenschaften (Ziff. 1206,1207) 	1
13	 Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung Bearbeitung Stadtentwicklungspauschale (für 2012 erhöhte Mittel von 2,3 auf 3,3 Mio.€) (Ziff. 1300) Ausbau Radverkehrsnetz z.B. Hauptradrouten, Rad und Schule) (Ziff. 1301) Flächenentwicklungsmanagement - Koordination, Entwicklung von Standorten- (Ziff. 1304) 	1 0,5 1
14	Baurechtsamt ■ siehe Organisationsuntersuchung Variante B (9,87 Stellen) auf Antrag der Verwaltung werden begrüßt. Darüber hinaus werden zwei weitere Stellen zur Kontrolle im Außenbereich geschaffen. Weitere zwei notwendige Stellen werden im Rahmen der folgenden Stellenplanberatungen beschlossen.	2,0
15	Hochbauamt Aufgrund neuester Erkenntnisse sind zusätzlich zu den bereits geschaffenen und noch vorgesehenen Stellen weitere nötig. Nur so kann die Schulsanierung planmäßig erfolgen. Zu nennen sind • Campus Feuerbach, • Mühlbachhofschule, • Sommerreinschule • Fuchsrainschule, • Campus Vaihingen, • Geschwister-Scholl- Gymnasium, • Königin-Olga-Stift, • Haldenrainschule	3,95

16	Tiefbauamt Die Koordination des Hochwasserschutzes erfordert zwingend die Schaffung einer Ingenieurstelle (GRDrs. 462/13) (Ziff. 1704).	1
17	Garten-Friedhof-und Forstamt Für die Wahrnehmung der Bauherrn- und Grundstückseigentümerfunktion ist dringend mindestens eine Stelle erforderlich. (Ziff. 1801,1802,1806)	1
18	Stadtmessungsamt Für die Weiterentwicklung des 3D Stadtmodells, das immer wichtiger werdende Planungsgrundlagen für die Verwaltung und für private Büros bereitstellt, ist eine Sachbearbeiterstelle dringend erforderlich.	1

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 633/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Finanzierung des Haushalts

Finanzierungsvorschlag für Anträge der SPD-Fraktion, die über den von der Verwaltung dargestellten Spielraum hinaus gehen.

Dazu beantragen wir:

1. Die Rathausgarage wird nicht von der Stadtverwaltung errichtet. Stattdessen wird eine städtische Beteiligungsgesellschaft beauftragt, den Bau zu realisieren. Dafür kommt unseres Erachtens die SWSG als erfahrenes Unternehmen des Städte- und Wohnungsbau in Frage. Wir sind aber auch für andere Konzern Stadt interne Lösungen offen. Nach Errichtung des Gebäudes mit Kindertagesstätte, Büro- und Geschäftsräumen sowie Tiefgarage wird dieses von der Stadtverwaltung angemietet. Eine nach Errichtung kostendeckende Miete verbleibt als Ertrag im Konzern Stadt erhalten und geht nicht an externe Unternehmen.

Mit dieser Maßnahme wird aktuell der städtische Haushalt in der mittelfristigen Finanzplanung um ca. 40 Mio. €entlastet.

2. Die **Wagenhallen** im Nordbahnhofareal sollen nach Vorschlag der Verwaltung in den Jahren 2014 und 2015 saniert werden. Wir begrüßen diese Absicht. (Auf den gesonderten Antrag hierzu wird verwiesen).

Wir sind jedoch der Auffassung, dass es angesichts notwendiger Planungsvorläufe realistisch ist, dass die Verwirklichung erst in den Jahren 2015 und 2016 erfolgen wird. Dieser Erwartung passen wir uns an und schlagen deshalb eine Verschiebung der Finanzierung um ein Jahr vor.

Mit dieser Maßnahme wird der Haushalt 2014 um 2,309 Mio.€und der Haushalt 2015 um 882 000 €entlastet.

Dr. Roswitha Blind

Hans H. Pfeifer

Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender

Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Kanzleiter

Nr. 938/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Leuze und Neckar zueinander bringen.

Wir beantragen:

- 1. Die Verwaltung prüft und stellt in den Haushaltsberatungen dar, ob bzw. wie eine bessere und transparentere Gestaltung der Mauer des Leuze zum Neckar hin realisiert werden kann.
- 2. Der ehemalige Radwegabschnitt im Leuze wird begrünt.
- 3. Die Verbindungstreppe des Radweges um das Leuze herum wird mit Schienen ausgestattet.
- 4. Die Verwaltung legt die damit verbundenen Kosten dar.

Begründung:

Selbst wenn die Liegewiese des Leuze eher "leer" ist, fällt sofort auf, dass es die Leute zum Neckar zieht. Hier wird zuerst das "Lager aufgeschlagen". Noch schöner wäre es, wenn man dann nicht nur im Stehen den Blick auf den Fluss genießen könnte. Wenn auch in ein künstliches Bett eingezwängt, ziehen Neckar und die vorbeiziehenden Schiffe und Boote die Blicke von Groß und Klein auf sich. Noch besser wäre natürlich die direkte Anbindung der Liegewiese an den Fluss - aber die Unfallgefahr vor allem für die kleinsten Badegäste ist nicht zu verantworten.

Die Öffnung für einen Radweg an dieser Stelle lehnen wir ab.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Nr. 939/2013

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/2015 Schulessen für BonusCard-Berechtigte. Die Möglichkeiten des Bundes nutzen.

Wir beantragen:

- Im Zusammenhang mit den Diskussionen um mehr Qualität beim Schulessen (siehe auch GRDrs 957/2013, am 20.11.13 öffentlich im Verwaltungsausschuss auf der Tagesordnung) berichtet die Verwaltung, wo mittlerweile Schulessen für Kinder mit BonusCard außerhalb der eigentlichen Schulräume angeboten wird und welche Planungen und Gespräche zum weiteren Ausbau dieses Angebotes bestehen.
- 2. Wenn die Verwaltung für die Organisation solcher Mittagstische einen zusätzlichen Gemeinderatsauftrag benötigt, beantragen wir, diesen im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Abstimmung zu stellen.

Begründung:

Bereits mit der Beschlussfassung zu den "Stuttgarter Netzen für Kinder" hat die Stadt Stuttgart es ermöglicht, dass Kinder mit einer BonusCard für nur einen Euro ein Schulessen bekommen können. Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) hat der Bund diese Maßnahme übernommen, städtische Kosten fallen dafür seither nicht mehr an. Der Bund hat sogar geregelt, dass dieses Essensangebot auch außerhalb der eigentlichen Schulräume ausgegeben werden kann, sofern die Schule in die Organisation eingebunden ist. Wesentliche Teile der Gestehungskosten werden ebenfalls vom Bund übernommen, für die Kommunen also eine Erleichterung.

Nun müsste im Interesse der betroffenen Kinder eigentlich für Schulen ohne Cafeteria längst ein Übergangsprogramm mit Hilfe nahegelegener Ausgabestellen (zeitweise angemietete Gemeindehäuser, Jugendhäuser, soziale Einrichtungen wie Pflegeheime, Vereinbarungen mit Kantinen oder/und der Gastronomie etc.) am Laufen sein. Durch vorhandene Detailkenntnisse der Orte besonderen Bedarfs soll auch ein spezielles Programm für den gezielten Bau von Ausgabeküchen an den Schulen selbst erstellt werden. Leider ist dies in gezielter Form jedoch bisher nicht der Fall.

Das wollen wir nun durch einen klaren Auftrag des Gemeinderats zeitnah ändern und zwingend mit den allgemeinen Diskussionen um die Weiterentwicklung des Schulessens

verbinden und für alle Schularten geregelt wissen.

Dr. Roswitha Blind Hans H. Pfeifer Monika Wüst

Fraktionsvorsitzende Stv. Fraktionsvorsitzender Stv. Fraktionsvorsitzende

Marita Gröger